

hält, die er gemacht hat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass das ein schwieriges Geschäft ist.

Und jetzt komme ich zum Vorwurf an diese Regierungskoalition: Sie machen es sich immer extrem leicht. Erstens. Herr Walter-Borjans trägt hier im Plenum vor, es gebe in Nordrhein-Westfalen keine Einsparpotenziale – das war eine seiner ersten Reden, die er gehalten hat; da war ich echt von den Socken.

Zweitens. Dass wir hier in Zukunft mit weniger Geld mehr gestalten müssen, müsste eigentlich jedem – auch jedem aus der Politik – begreifbar geworden sein. Die Bevölkerung hat es begriffen; die weiß, dass gespart werden muss. Aber hier wird es tatsächlich nicht umgesetzt.

Ich habe von Ihnen heute in Ihren Ausführungen ausschließlich gehört, wo aufgesattelt werden soll und wo mehr Geld gebraucht wird, anstatt zu sagen, wo mehr Geld herkommen soll. Ich verlange von einer Regierung, dass sie hier konstruktive Vorschläge macht. In dieser Haushaltsdebatte habe ich wirklich keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gehört; das finde ich schon enttäuschend. Verlangen Sie dies aber bitte nicht ausschließlich von der Opposition; die macht ihre Arbeit schon gut und richtig, aber das hier ist Ihr Auftrag.

(Zuruf von der SPD)

Sie müssen schauen, dass Sie das hier wie auch die Arbeit im Bund vernünftig hinbekommen.

An dieser Stelle noch einen Satz zum Eisernen Rhein und zum RRX. Ich habe es Ihnen schon mal vorgeworfen, Herr Minister, kann es aber gerne wiederholen: Man konnte Ihnen die Schuhe beim Laufen besohlen, bis Sie endlich den Kontakt zum Bund hergestellt hatten, nachdem Sie Minister geworden waren. Ich hätte erwartet, dass das eine Ihrer ersten Handlungen gewesen wäre, weil Sie genau wussten, welche Themen auf Sie zukommen würden.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Da verlange ich von dem Minister, dass er sofort nach Berlin geht und sich dort starkmacht und einsetzt.

Zum Schluss noch eine Bemerkung. Wenn Herr Ott hier den Staatsmann macht und sagt: „Wir müssen gemeinsam, wir müssen gemeinsam!“, dann ist das völlig richtig. Sie haben völlig recht, Herr Ott. Aber dann verlange ich auch, dass man das gemeinsam tut. Und bis dato – das sage ich ganz offen – gibt es eine Vielzahl von – in Anführungsstrichen – „Einladungen“, die aber ausschließlich darin bestanden, Projekte abzureißen und einzureißen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Olaf Lehne (CDU): Ich habe noch 2:47 Minuten, jetzt 2:46.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, mein Hinweis gilt nicht der Redezeit, sondern der Abgeordnete Schmelzter möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Olaf Lehne (CDU): Herr Schmelzter, bitte.

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Lehne, Sie haben gerade – mit dem Schuhebesohlen, das ist ein anderer Haushaltsbereich – den Minister in Bezug auf Kontakte mit dem Bundesverkehrsminister in Sachen Bundesbahn angesprochen. Haben Sie in der Vergangenheit zur Kenntnis genommen, dass es der Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Harry Voigtsberger, sehr frühzeitig war, der schnellstmöglich um Gesprächstermine beim Bundesverkehrsminister Ramsauer gebeten hat, welcher ihn erst einmal Monate hinsichtlich eines Gesprächstermins vertröstet hat?

Olaf Lehne (CDU): Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es, als er Wirtschaftsminister wurde, eine ewige Zeit gedauert hat, bis er sich mal darum bemüht hat.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das ist falsch!)

Das wäre sehr schön. Wir können die Zeiten gerne einmal abgleichen, dann tragen wir es vielleicht beim nächsten Mal in der Auseinandersetzung vor; das ist dann leichter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lehne. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage, ob es weitere Wortmeldungen dazu gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Beratung zum Einzelplan 14. Wie verabredet, findet die **Abstimmung** nicht jetzt, sondern **nach 14 Uhr** statt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit rufe ich auf den

Einzelplan 07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

mit den Teilbereichen „Familie, Kinder und Jugend“, „Kultur“ sowie „Sport“. Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 15/1707 sowie auf die Berichtigung Drucksache 15/1768 hin.

Ich eröffne die Beratung für den

Teilbereich

Familie, Kinder und Jugend

Das Wort erhält Frau Kollegin Doppmeier für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ursula Doppmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Haushaltsplanberatungen 2011 im Bereich Familie, Kinder und Jugend sind wieder mal ein klarer Beweis Ihrer rot-grünen Unzulänglichkeit.

Insgesamt ist das aktuelle Haushaltsberatungsverfahren doch eine Zumutung für das Parlament: Aus Angst vor ordnungsgemäßen parlamentarischen Beratungen hat die Abstimmungsmehrheit hier im Landtag die Gesamtberatungsdauer auf gerade mal dreieinhalb Wochen begrenzt

(Minister Ralf Jäger: Dem haben Sie zugestimmt!)

und gegen jeglichen fachlichen Rat flächendeckende Sondersitzungen in allen Ausschüssen durchgesetzt. Der Haushaltsentwurf und die erste Ergänzung waren bei der Einbringung bereits Altpapier.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, Herr Abgeordneter Zimkeit möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Ursula Doppmeier (CDU): Nein, ich möchte das erst im Gesamtzug vortragen.

Bis heute ist der Haushaltsentwurf 2011 in der vorliegenden Fassung noch immer nicht beratungsfähig. Unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit und gerade mit Blick auf das Verfassungsgerichtsurteil vom 15. März haben wir bereits im Ausschuss klargestellt: Wir werden keinen Haushalt mittragen, der nur Wahlgeschenke enthält, die Sie über Neuschulden finanzieren wollen. Eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung bedeutet gleichzeitig eine Erhöhung der Schuldenlasten, die demnächst unsere Kinder und Enkel tragen müssen. Auch wenn einige Vorhaben sicherlich durchaus wünschenswert wären, gehört zur Wahrheit, dass sie nicht realisierbar sind, solange der finanzielle Spielraum begrenzt ist. Schulden zu machen hat nämlich gar nichts mit positiver Nachhaltigkeit zu tun. Das sollten Sie auch wissen.

(Beifall von der CDU)

Ihre Schuldenmacherei geht generationenpolitisch gesehen völlig am Ziel vorbei. Die Kinder von heute sind diejenigen, die unsere Schulden später abtragen müssen. Wissen Sie das? Bedenken Sie, dass wir schon heute täglich 13 Millionen € an Zinsen zahlen. Dies wollen Sie noch weiter erhöhen? Nicht mit uns, meine Damen und Herren.

Wegen des begrenzten Redezeitfensters kann ich heute nicht auf alle Positionen eingehen. Ich möchte

mich beispielhaft auf den Bereich der frühen Bildung beschränken. Dieser nimmt schließlich im Einzelplan 07 großen Raum ein. Wir alle wissen mittlerweile, dass die vorzeitige Revision ein Schnellschuss war. Zuerst wurden Erwartungen und Verunsicherungen geweckt. Später fehlte der Dialog mit den Beteiligten. Heute steht die gesamte Umsetzung unter einem enormen Zeitdruck, damit sie bis zum nächsten Kindergartenjahr wirksam wird, wenn Sie es überhaupt schaffen.

Ihr Entwurf für eine angeblich bessere Kleinkinderförderung ist wirklich kein großer Wurf. Noch im November 2010 verkündeten SPD und Grüne, man werde im KiBiz keinen Bereich unverändert lassen und ein gänzlich neues Gesetz erlassen. Im Wahlkampf haben Sie sich dann als Anwalt besorgter Eltern und überlasteter Erzieher präsentiert. Für den Fall der Regierungsübernahme versprochen Sie deutlich mehr Qualität und deutlich mehr Personal in den Kitas. Doch jetzt belegt Ihr Gesetzentwurf zur Kinderbildung, dass Sie weit hinter den damals bei Eltern, Kindern und Fachleuten geweckten Erwartungen zurückbleiben. Sie stecken nämlich viel weniger Geld in die Qualitätsverbesserung als angekündigt. Für die SPD war es wichtiger, das letzte Kita-Jahr beitragsfrei zu machen. Somit opfern Sie die Qualitätsverbesserung der fixen Idee der Beitragsfreiheit für das dritte Kita-Jahr, obwohl sich alle Experten dafür aussprechen, das erste Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen.

(Heike Gebhard [SPD]: Sind Sie für Beitragsfreiheit oder dagegen?)

Zu diesem Zeitpunkt gehen nämlich erst 75 % der Kinder in die Kita. Im dritten Jahr sind bereits 98 % der Kinder in der Kita.

Sie wollten den Elementarbereich so ausgestalten, dass ein Höchstmaß an Förderung erreicht werde. Ich frage mich an dieser Stelle natürlich, wo Ihr versprochenes Höchstmaß an Förderung ist. Das kann doch wohl nicht Ihr mickriger Fünf-Punkte-Plan sein.

Meine Damen und Herren, schnell wird klar, die rot-grüne Realität geht an den eigenen Ankündigungen vorbei; denn diese mageren Erneuerungen werden von einer kostspieligen Beitragsfreiheit in den Kitas dominiert. Zusammenfassend lässt sich somit sagen:

Erstens: Die CDU hat damals mit dem KiBiz eine gute Grundlage zur Frühförderung geschaffen. Sie behalten wichtige Teile bei: sprachliche Frühförderung, individuelle Kinderpauschale je nach nötigem Betreuungsaufwand und Einrichtung von Familienzentren. – Das ist die Erfolgsgeschichte der CDU. Dies mussten Sie schließlich anerkennen. Deswegen bleibt das in Ihrer Gesetzesnovelle grundlegend auch erhalten. Somit müssen Sie zugestehen, dass Ihre Slogans „KiBiz ist Mumpitz“ oder ein „Spargesetz“ einfach nicht stimmen.

Zweitens: Die Landesregierung macht es sich zu leicht, wenn sie die Beitragsfreiheit haushälterisch in einem völlig intransparenten Sammeltopf anlegt. Auf Kosten der Qualität in den Kitas wird die Beitragsfreiheit über das Knie gebrochen. Das ist für uns alle nicht hinnehmbar. Qualität muss absoluten Vorrang haben, zumal die unteren Einkommensschichten bereits heute aus sozialen Gesichtspunkten von den Beiträgen befreit sind. Eines müsste auch Ihnen klar sein: Wer meint, eine Gratis-Kita ist automatisch eine gute Kita, liegt völlig falsch.

(Beifall von der CDU)

Das wirkt wie ein Karussellbetreiber, der sagt: Ich biete kostenlosen Fahrtenspaß und kümmerge mich nicht um die Sicherheit des Karussells.

(Beifall von der CDU)

Ich muss mich einmal an die Grünen wenden: Von Ihrer Seite hätte ich mir andere Prioritäten gewünscht.

Wir werden den vorliegenden Haushalt nicht mittragen, solange das Sparen immer noch hintansteht. Wieder einmal versuchen Sie riesige Schuldenberge in die Rucksäcke unserer Kinder zu packen. Wenn es nach Ihnen geht, sollen diese zusehen, wie sie demnächst damit klarkommen. Aber nicht mit uns!

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, es tut mir leid, aber Ihr Haushalt ist zu tiefst unsozial. Dafür geben wir niemals unsere Zustimmung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das sagt die CDU!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Jörg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfgang Jörg (SPD): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Doppmeier, manches Mal konnte ich mir bei Ihren Ausführungen ein Grinsen nicht verkneifen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich will einmal etwas Licht ins Dunkel bringen. – Dieser Haushalt ist nichts anderes als ein finanziell unterlegter Paradigmenwechsel in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik von Nordrhein-Westfalen. Wir wollen früher mehr tun, und das nicht nur deshalb, weil wir es sozialpolitisch für richtig halten. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, deren Mitglieder selbstbestimmt ohne Transferleistungen ihr Leben gestalten können.

Um das zu erreichen, müssen wir frühzeitig Entwicklungsstörungen und Fehlentwicklungen korri-

gieren. Je frühzeitiger wir das tun, desto preiswerter wird es für unsere Gesellschaft.

Zweitens machen wir das, weil wir wissen, dass das auch wirtschaftspolitisch richtig ist. Wir haben in unserem Land immer weniger Kinder. Die immer weniger Kinder, die wir haben, müssen wir besser ausbilden, damit wir als Gesellschaft überlebensfähig bleiben. Von daher ist es auch wirtschaftspolitisch richtig, früher mehr zu tun.

Drittens ist es auch haushälterisch richtig, früher mehr zu tun, weil wir uns in der perfiden Situation befinden, dass wir 2 % aller Kinder- und Jugendhilfe für Prävention ausgeben, demgegenüber 98 % für Intervention. Das sind Milliarden an Kosten, die nur deshalb verursacht werden, weil wir nicht frühzeitig genug tun, um Familien, die Hilfe brauchen, zur Seite zu stehen.

Sie haben „Beitragsfreiheit“ angesprochen, Frau Doppmeier. Es ist für Sie wahrscheinlich schwer verkusbar: Wir machen sie aus drei Gründen. Es ist ein Popanz, eine Beitragsfreiheit gegen eine Qualität auszuspielen. Ich nenne Ihnen unsere drei Gründe, warum wir Kitas beitragsfrei machen:

Als Erstes bergen Kinder immer noch das größte Armutsrisiko in unserer Gesellschaft. Das heißt: Die Paare, die sich entscheiden, Kinder zu bekommen, sind viermal mehr von Armutsrisiken betroffen als die Paare, die sagen, dass sie das nicht machen.

Angesichts der demographischen Entwicklung ist das in einem der reichsten Länder der Welt eine perverse Situation, dass Kinder das höchste Armutsrisiko sind.

Diesen Eltern, die häufig beide arbeiten gehen müssen, um am Ende des Monats noch ein bisschen über zu haben, die vor der Entscheidung stehen, ob sie zu ihrem ersten noch ein zweites Kind nehmen sollen, ist nicht mit warmen Worten geholfen, liebe Kolleginnen. Denen kann man nicht sagen: Denkt ans Vaterland! Macht mal viele Kinder! Denkt an die Zukunft unserer Gesellschaft! – Denen müssen wir finanziell helfen und zur Seite stehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Wolfgang Jörg (SPD): 70 % der Eltern, die wir durch die Beitragsfreiheit erreichen, verdienen noch nicht einmal 60.000 € im Jahr – beide zusammen! Das sind die Dimensionen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Das zweite: Frau Kollegin Doppmeier, Sie wissen es aus eigener Anschau-

ung, sind Sie doch selbst Mutter: Sie wissen, dass sich Eltern platt machen für die Ausbildung ihrer Kinder.

Wir haben hohe Kita-Gebühren. Wir haben einen Nachhilfemarkt von 4 Milliarden € an den Schulen. Wir hatten hohe Studiengebühren, die wir, Gott sei Dank, abgeschafft haben. Aber trotzdem machen sich die Eltern finanziell platt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Jörg, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Geben Sie mir einfach nur einen kurzen Hinweis, ob Sie die Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Hafke beantworten möchten.

Wolfgang Jörg (SPD): Das machen wir gleich. Ich gucke, ob ich noch ein bisschen Zeit übrig habe, Herr Hafke. Sie kommen gleich übrigens noch dran. Als Vertreter der neuen, jungen FDP!

Wenn aber der Mehrwert geschaffen wurde, diese Kinder, diese kleinen Persönlichkeiten, Feuerwehrleute werden, Hebammen, von mir aus Politiker, Journalisten, partizipiert die gesamte Gesellschaft daran. Alle haben etwas davon: die Kinderlosen, die Rentner, die kleinen Kinder, selbst die, die noch keine eigenen Kinder haben konnten. Alle partizipieren vom Bildungserfolg. Deshalb sagen wir: Wenn alle partizipieren, müssen auch alle bezahlen. Bildung muss steuerfinanziert, nicht gebührenfinanziert sein. Das ist mein zweiter Punkt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mein dritter Punkt, liebe Frau Doppmeier! Ich glaube, Sie wissen es inzwischen auch selbst, sind Sie doch lange genug im Ausschuss: Kitas sind Bildungseinrichtungen. Ende im Gelände! Das sind Bildungseinrichtungen, weil die Erkenntnislage gewachsen ist: Je früher wir etwas tun, je mehr können wir etwas erreichen. Die ersten Jahre eines Kindes sind seine wichtigsten im Leben. Dann gibt es die größte Möglichkeit, Einfluss auf Fehlentwicklungen zu nehmen.

Wenn aber Kitas Bildungseinrichtungen sind, müssen wir sie natürlich mit Schule gleichstellen. Denn Schule ist genauso eine Bildungseinrichtung wie eine Kita. Niemand käme auf die Idee, von den Eltern der Grundschüler Beiträge zu nehmen – übrigens auch nicht von den reichsten, Herr Palmen, Frau Doppmeier.

Deshalb ist es natürlich auch eine Frage, wie wir eine Kita bewerten. Für uns ist die Kita eine Bildungseinrichtung. Deshalb muss sie gebührenfrei bleiben. Das hat auch viel mit Chancengleichheit zu tun. Wir wollen eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis hin zu Universität.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir machen nicht nur Beitragsfreiheit. Ich sage es noch einmal: Angesichts der demographischen Entwicklung bleibt uns keine Zeit mehr. Wir müssen die Dinge gleichzeitig tun: Zum einen müssen wir eine Qualitätsverbesserung in den Einrichtungen erzielen, weil wir wissen, dass die Kinder dort individueller gefördert werden müssen und die Kolleginnen und Kollegen am Rande ihrer Kräfte versuchen, alles zu domptieren. Dort brauchen wir eine qualitative Verbesserung.

Zum anderen brauchen wir auch eine deutliche Entlastung der Eltern. Sonst kommen wir nicht weiter. Also: Beitragsfreiheit und Qualitätsverbesserung sind eine Seite einer Medaille. Das kann man nicht gegeneinander ausspielen.

Frau Doppmeier, Sie reden von „Wahlgeschenken“. Ich muss wirklich sagen: Wir investieren 240 Millionen € zusätzlich in unsere Gesellschaft. Diese Investitionen werden sich wirklich auszahlen. Wissen Sie, was Wahlgeschenke sind, Frau Doppmeier? – Es ist ein Wahlgeschenk, wenn man Hoteliers 1 Milliarde € schenkt, ohne dass das gesellschaftliche Konsequenzen hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von Marcel Hafke [FDP])

– Das, Herr Hafke ...

(Lebhafter Widerspruch von Marcel Hafke [FDP])

– Herr Hafke, ich weiß, die neue, junge FDP, jung und skrupellos! Ich sage Ihnen, Herr Hafke: Diese Milliardengeschenke an die Hoteliers kosten das Land Nordrhein-Westfalen 400 Millionen € jährlich. Wir nehmen jetzt 240 Millionen € mehr, die wir in unsere Kinder investieren, aber Sie reden von „Wahlgeschenken“, nur weil wir das Nötigste tun, um unsere Gesellschaft über Wasser zu halten. Das sind für Sie Wahlgeschenke?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Heike Gebhard [SPD]: Sie sollten sich schämen!)

Diese Diskussion führe ich sehr gerne auch mit einer großen Öffentlichkeit. Ich bin einmal gespannt darauf, wer Ihnen folgt.

Ich kann es gar nicht verstehen: Sie sind jetzt bei 3 %. Ich kann mir nicht erklären, wie Sie dort hinkommen. So viele können doch gar nicht verrückt sein.

Ich habe noch 2:30 Minuten Redezeit und will ganz deutlich sagen:

Wir haben in diesem Haushalt noch eine zentrale Verbesserung erreicht. Ich will es an dieser Stelle noch einmal sehr frei formulieren: Es gab – für alle die, die nicht dabei waren – im Ausschuss inhaltlich überhaupt keinen Widerspruch. Es gab keinen Kinder- und Jugendpolitiker – egal von welcher Fraktion –, der sich uns inhaltlich in den Weg gestellt hat.

Ich muss zugeben: Die Linken hätten einiges weiter und schneller gemacht. Diese Kritik kann ich verstehen. Aber alle anderen haben sich inhaltlich gar nicht geäußert, weil sie nichts entgegenzusetzen haben,

(Beifall von der LINKEN – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Richtig!)

weil sie bei den Verbänden herumlaufen und erzählen: Unter Umständen hätten wir auch das alles gemacht, was die Sozis mit den Grünen jetzt machen. – Das ist die Wahrheit.

Ich bedauere auch, dass Bernhard Tenhumberg nicht hier ist, weil der speziell den nächsten Tagesordnungspunkt betreffend den Landesjugendplan bei den Verbänden immer gesagt hat, er wäre dafür, das auf 96 Millionen € anzuheben. Ich hätte mir gewünscht, er wäre heute hier und hätte dazu Stellung genommen. Denn das, was er gefordert hat, machen wir ja jetzt. Ich habe ihn schon ermuntert, bei der Schlussabstimmung mit uns zu stimmen, weil wir da ein Wahlversprechen einlösen, das Sie auch gegeben hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aber wir lösen nicht nur das Wahlversprechen ein – Herr Palmen, Sie sind da fachlich nicht so orientiert –, sondern wir legen noch 4 Millionen € mehr drauf, weil wir wissen, wie groß die Not in den Jugendverbänden ist, wie groß die Not in den Städten ist.

(Manfred Palmen [CDU]: Fünf Jahre haben Sie sich vor der eigenen Verantwortung gedrückt!)

Mit den 100 Millionen €, die wir nicht einfach so in die Gemengelage werfen, verbinden wir natürlich eine inhaltliche Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit. Wir haben große Probleme. Wir sehen, dass sich die Arbeit der Ganztagschulen zunehmend mit der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe zumindest überschneidet. Wir müssen da gemeinsame Konzepte finden und investieren. Wir wollen einen Schwerpunkt bei der Integration finden, wir wollen einen Schwerpunkt bei der Partizipation suchen – da sind wir, glaube ich, nicht so weit auseinander –, und wir wollen natürlich den Bereich Prophylaxe weiter ausbauen.

Das Besondere dabei ist, dass wir nicht nur das Geld geben und nicht nur die Inhalte vorstellen, an denen wir uns orientieren wollen, sondern wir werden es auch schaffen, eine überjährige Finanzierung von Projekten zu erreichen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Uns ist es wichtig, welchen Inhalt, welches Ziel ein bestimmtes Projekt hat. An diesem Inhalt und an dem Ziel entlang werden wir fördern und nicht mehr nach Haushaltsjahren abgehakt. Jedes Jahr müssen die ein neues Gedicht aufsagen, obwohl die

Jugendlichen dieselben geblieben sind, obwohl die Problemlagen die gleichen geblieben sind.

Wir wollen das entbürokratisieren. Wir wollen es von den Inhalten abhängig machen, wie lange wir fördern. Da kann es zu Förderungen kommen, die sinnvoll sind und die vielleicht zwei Wochen dauern. Es kann aber auch zu sinnvollen Förderungen kommen, die drei Jahre dauern, bis sie die inhaltlichen Ziele erreichen. Also, wir werden den Bereich über die inhaltliche Diskussion entbürokratisieren.

Meine Redezeit ist abgelaufen. – Es ist ein großartiger Aufschlag für einen Paradigmenwechsel. Ministerin Schäfer, der Staatssekretär und alle Leute im Ministerium haben eine hervorragende Vorlage formuliert. Ich bin ganz sicher, dass wir diesen Haushalt durchbekommen, und ich weiß jetzt schon, dass das ein guter Tag für die Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen wird. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Manfred Palmen [CDU]: Vor allem, weil Sie mehr Schulden produzieren!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jörg. – Als Nächstes hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, zu dem Thema „Familie, Kinder und Jugend“ im Rahmen des Haushalts heute hier sprechen zu dürfen. In der Tat – Kollege Jörg hat es bereits vorgetragen – erlebt Nordrhein-Westfalen mit diesem Haushalt einen Quantensprung in der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik. Denn wir machen es wahr, was Sie in Ihrer Regierungsverantwortung immer nur rhetorisch mit schönen großen Worten im Munde geführt haben, wir stellen die Kinder, die Familien, die Jugendlichen in den Mittelpunkt unserer Politik.

Wir wissen, dass es auf den Anfang ankommt, und genau in diesen Anfang investieren wir mit diesem Haushalt. Wir tun das, was Wissenschaft und Forschung einhellig von uns fordern. Wir investieren in die frühe Bildung und in die Familien.

Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen. Schwarz-Gelb, CDU und FDP, haben gemeinsam überall den Rotstift angesetzt: bei den Familienberatungsstellen, bei der Familienbildung. Wir stocken diese Haushaltsansätze auf. Wir geben mehr Geld für die Familienberatung, für die Familienhilfen insgesamt. Wir wissen, wie notwendig das ist. Wir wissen, dass die Erziehungskompetenz der Eltern gestärkt werden muss, dass Eltern gestärkt werden müssen, wenn es Probleme mit Kindern und Jugendlichen gibt. Wir geben mehr Geld für die Familienbildung, weil wir vor allen Dingen wollen, dass

Familien in prekären Situationen in der Familienbildung ein Stück Erziehungskompetenz hinzugewinnen können.

Wir geben mehr Geld für die Familienzentren. Diese Familienzentren sind nicht ausreichend ausgestattet, um all die vielfältigen Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, tatsächlich zu erfüllen. Deswegen stocken wir die Familienzentren auf. Wir tun ein Zweites: Wir stocken sie dort auf, wo sie sich in prekären Quartieren befinden, weil dort die Not am Größten ist.

Das heißt, wir setzen all das um, was Sie sich sozusagen rhetorisch immer gutgeschrieben haben. Die CDU hat mit ihrem Familienminister Laschet immer wunderschöne Bilder gemalt,

(Zurufe von Manfred Palmen [CDU] und von Ursula Doppmeier [CDU])

aber die finanzielle Ausstattung dieser Einrichtung angemessen vorzunehmen, das ist unterblieben. Alles das holen wir jetzt mit diesem Haushalt nach.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, auch das muss man noch einmal kurz erwähnen: Familienpolitik war nun immer ein Kernbereich der CDU. Was Sie hinterlassen haben, gerade in einem dieser Kernbereiche, ist verbrannte Erde.

(Beifall von der LINKEN – Manfred Palmen [CDU]: Ist doch gar nicht wahr! – Gegenruf von Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Genau das ist wahr!)

Sie haben gekürzt, Sie haben den Rotstift angesetzt, Sie haben mit dem Kinderbildungsgesetz die Rahmenbedingungen für Familien und Kinder verschlechtert und heruntergefahren.

Jetzt kehren wir diesen Scherbenhaufen nicht nur auf, sondern wir werden diesen Scherbenhaufen, den Sie mit diesem unsäglichen sogenannten Kinderbildungsgesetz hinterlassen haben, kitten.

Dazu werden wir in einem ersten Schritt die Personalsituation verbessern. Wir wissen, die Not in den Einrichtungen ist groß, die Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert, und vor allen Dingen muss die Personalsituation bei den unter Dreijährigen dringend verbessert werden.

Wir tun ein Zweites: Wir nehmen die Kinderpflegerinnen, die sogenannten Ergänzungskräfte, denen Sie mit Ihrer Politik den Stuhl vor die Tür gesetzt haben – Sie haben die nämlich aus den Einrichtungen herausgedrängt –, wieder mit hinein und geben diesen Kinderpflegerinnen somit zukünftig eine Perspektive. Das heißt, hier wird ein wesentlicher Schritt in Richtung Qualitätssteigerung in den Kindertagesstätten gemacht.

Meine Damen und Herren, wir tun ein Weiteres: Wir entlasten die Eltern. Auch das gehört zu einer guten

Familienpolitik. Weil Sie sich immer darüber aufregen, möchte ich Ihnen ein Zitat mitgeben, das Herr Limbach – das ist der Beigeordnete im Landkreistag für Jugend, Soziales und Kinder – in einer Veröffentlichung des Landkreistags niedergeschrieben hat. Herr Limbach – er gehört Ihrer Fraktion, der CDU, an – hat geschrieben: Elternbeiträge sind die Strafsteuer für Familien.

Damit hat Herr Limbach recht. Genauso ist es. Wir wollen, dass der Elementarbereich als Bildungsbereich anerkannt wird. Dazu gehört, dass er betragsfrei gestellt wird. Damit gehen wir den ersten Schritt und nehmen uns vor, hier die Eltern deutlich zu entlasten.

(Zuruf: Ich denke, da gab es Stress!)

Meine Damen und Herren, wir machen ein Weiteres im Jugendbereich. Auch da nehmen wir ein Versprechen auf, das Sie als CDU – namentlich Herr Rüttgers, er war da an vorderster Front – gegeben und gebrochen haben. Wir stärken die Jugendverbände mit 20 Millionen € sehr deutlich und versetzen sie in die Lage, die schwierigen Aufgaben, die sie heute zu erfüllen haben, tatsächlich ausfüllen zu können. Wir gehen damit über das Versprechen hinaus, das Herr Rüttgers vollmundig im Wahlkampf 2005 abgegeben hat. Er hat es den Jugendverbänden als Garantie schriftlich gegeben. Wir haben gesehen, was daraus geworden ist. Die Jugendverbände haben keinen Cent zusätzlich bekommen. Das holen wir jetzt nach. Wir erfüllen unser Versprechen. Wir haben immer gesagt, wir wollen die Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen stärken. Das tun wir mit diesem Haushalt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Asch, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Frau Dr. Butterwegge möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Werden Sie die zulassen?

Andrea Asch (GRÜNE): Gerne, Frau Dr. Butterwegge.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Frau Kollegin.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Danke schön. – Frau Asch, Sie sagten, Sie stärken die Jugendverbände mit 20 Millionen €. Soll das Geld allein den Jugendverbänden zukommen?

Andrea Asch (GRÜNE): Nein, sicher nicht, das war ein Beispiel. Uns allen liegt der Kinder- und Jugendförderplan vor. Das gesamte Spektrum der Jugendarbeit wird gestärkt. Wir haben deutliche Akzente gesetzt und die Projektarbeit gestützt. Inso-

weit profitieren nicht nur die Jugendverbände von diesem Geld.

Ich möchte auf einen Bereich eingehen, der wesentlich ist, damit Eltern Beruf und Kinder besser miteinander verbinden können: der Ausbau der U3-Plätze. Vor allen Dingen die CDU hat sich mit ihrem Antrag dadurch hervorgetan – dem einzigen Antrag, den sie zum Haushalt gestellt hat – zu fordern, die Erhöhung, die wir in diesem Bereich vorgenommen haben, zu kürzen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn in Ihren Kommunen vor Ort die Diskussion beginnt, wie auskömmlich die Mittel für die U3-Betreuung sind, kann ich Ihnen garantieren, jede SPD-Fraktion und jede grüne Fraktion wird Ihnen diese Haltung vorhalten, dass Sie nicht bereit sind, den notwendigen Ausbau der U3-Betreuung mit zu finanzieren.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Sie haben deutlich gefordert, auch hier zu streichen. Das ist eine Haltung, die unverantwortlich gegenüber den Eltern, unverantwortlich gegenüber den Kindern und unverantwortlich gegenüber den Kommunen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Denn mit dieser Forderung in Ihrem Haushaltsantrag fordern Sie uns implizit auf, dem nicht Rechnung zu tragen, was das Landesverfassungsgericht bemängelt hat, dass wir nämlich den U3-Ausbau, den Ausbau der Krippenplätze nicht angemessen finanzieren. Das heißt, Sie sagen willentlich: Das interessiert uns als CDU-Fraktion nicht, dass jetzt der U3-Ausbau finanziert werden muss. Wir stellen die Haushaltskonsolidierung über alles. – Damit sind sie implizit bereit, einen Verfassungsbruch zu begehen, weil Sie nicht gewillt sind, den Auftrag, den uns das Verfassungsgericht gegeben hat, in klingende Münze und in Euro umzusetzen.

Der Unterschied zwischen CDU-Politik, FDP-Politik und rot-grüner Politik in diesem Bereich ist sehr eklatant. Sie haben in drei Jahren für den U3-Ausbau investiert 15 Millionen € als Landesmittel in den Haushalt eingestellt. Wir werden in den kommenden drei Jahren diesen Bereich mit 390 Millionen € finanzieren. Das ist der Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün in Heller und Pfennig.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie sehen, wir sind auf einem guten Weg. Wir machen in Nordrhein-Westfalen Politik für Kinder, Jugendliche und Familien. Bei uns sind Kinder, Jugendliche und Familien in guten Händen. Ich kann Sie nur auffordern, als Opposition Ihren falschen Weg zu verlassen und mit uns gemeinsam den Weg zu gehen, in die Zukunft dieses Landes zu investieren. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Asch. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gestern und heute schon viel über solide oder, besser gesagt, nicht solide Haushaltspolitik gesprochen. Aber angesichts der katastrophalen rot-grünen Schuldenpolitik, die Sie meistens auch noch als zukunftsweisend verkaufen,

(Lachen von Wolfgang Jörg [SPD])

kann man es nicht oft genug sagen: Schulden sind ein Pakt, den Sie der nächsten Generation auferlegen. Sie nehmen damit der nächsten Generation etwas weg, nämlich sämtlichen Gestaltungsspielraum. Auch dieser Haushalt, der auch den Bereich der Generationengerechtigkeit abdeckt, ist ein schlechtes Vorbild, wenn man über vernünftige Finanz- und Haushaltspolitik nachdenkt. Ich möchte das auch inhaltlich begründen, weil ich Ihren Politikansatz als falsch empfinde.

Es wäre richtig gewesen, hier über Qualität zu diskutieren und nicht Symbolpolitik zu machen. Sie wollen irgendwelche Wahlversprechen in die Welt tragen und als richtungsweisend verkaufen. Kurze Zeit hatte ich ein bisschen Hoffnung, als es Streit in der Koalition gab, als die Grünen gesagt haben, man müsste mehr über Qualität anstatt über Beitragsfreiheit diskutieren. Diese Hoffnung hat sich aber relativ schnell zerschlagen, weil auf den Koalitionsvertrag verwiesen wurde. Die Regierung wird nun das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen.

(Heike Gebhard [SPD]: Wer hat in diesem Hause als Erster den Antrag auf Beitragsfreiheit gestellt? Können Sie sich erinnern?)

150 Millionen € soll das kosten. Das ist schon relativ viel Geld.

(Heike Gebhard [SPD]: Das war in der 13. Legislaturperiode!)

– Warten Sie mal ab! – Es ist aber jetzt schon abzusehen, dass Ihre Kalkulation mit den 150 Millionen € nicht aufgehen wird. Sie können einen Blick über die Landesgrenzen, zum Beispiel nach Niedersachsen, werfen. Da gibt es bereits die Beitragsfreiheit.

(Zuruf)

– Ja, aber es muss auch bezahlt werden. – Laut Erhebung des Statistischen Bundesamts besuchen dort 185.520 über Dreijährige eine Kita. Das Land stellt für die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahrs 120 Millionen € zur Verfügung. In NRW besuchen 426.196 Kinder über drei Jahre eine öffentlich geförderte Tagesbetreuung. Das sind mehr als doppelt so viele Kinder wie in Niedersachsen. Man

muss kein großer Gott in Mathematik sein, um festzustellen, dass bei einer doppelten Anzahl von Kindern 150 Millionen € nicht ausreichen werden. Ich bin sehr gespannt, wer diese Differenz später zu zahlen hat.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Jörg, ich habe eben probiert, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das tut mir leid!)

Sie wollen die Beitragsfreiheit einführen, haben aber bislang nicht erklärt, in welchem Umfang Sie das machen wollen. Wollen Sie die 25-Stunden-Kontingente beitragsfrei stellen, die 35 oder die 45? Und wie wird das Ganze eigentlich vor Ort geregelt? Das stelle ich mir für die Kommunen sehr kompliziert vor, aber da wird es mit Sicherheit einen kreativen Einfall geben. Im Moment ist es eher so, dass Sie die Kommunen im Regen stehen lassen, weil die 150 Millionen € nicht ausreichen werden. Die Eltern wissen noch nicht einmal, welche Beratungsangebote beitragsfrei gestellt werden.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Im Ausschuss erkläre ich es Ihnen noch einmal!)

Wenn man schon über Qualität diskutiert, dann sprechen Sie doch auch einmal mit den Elternverbänden. Die sagen einem sogar ins Gesicht, sie würden am liebsten auf diese Beitragsbefreiung verzichten

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das stimmt nicht!)

und das Geld am allerliebsten in die Qualität investieren. Das sagen einem die Elternverbände und das zeigt deutlich, dass der Weg, den Sie einschlagen, nicht richtig ist.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Meine Damen und Herren, ich hatte gerade die Frage der Umsetzung aufgeworfen. Wir haben bis heute noch keinen Gesetzentwurf vorliegen. Die Beitragsfreiheit soll zum nächsten Kindergartenjahr eingeführt werden. Sie haben bislang nicht erklärt, wie Sie das konkret ausgestalten wollen, wie die Kommunen damit umgehen sollen, welche unterschiedlichen Sätze dabei berücksichtigt werden sollen, wie das abgewickelt werden soll, wie die Kommunen überhaupt jeden Monat an ihren Mittelfluss kommen sollen. Dazu haben Sie noch keine Antworten gegeben.

(Heike Gebhard [SPD]: Doch! Schriftlich! Das müssen Sie nur lesen!)

Das wird wahrscheinlich so ähnlich laufen wie jetzt bei der Haushaltsberatung. Es wird einfach probiert, ein Gesetz in Rekordzeit durch das Parlament zu peitschen, und hinterher haben wir in der zweiten Jahreshälfte die Probleme vor Ort. Ich halte das für den komplett falschen Weg.

Auch der politische Ansatz ist falsch. Wenn man sich nämlich anschaut, wen Sie damit entlasten – die Frau Ministerin war so nett und hat das im Ausschuss konkretisiert –, so werden in aller erster Linie nicht die Geringverdiener entlastet – die sind nämlich beitragsbefreit –, sondern die Besserverdiener.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist Quatsch! – Heike Gebhard [SPD]: Wissen Sie, wie viele Geringverdiener wir in Gelsenkirchen haben?)

– Das ist so. Die Ministerin hat es im Ausschuss doch ausgeführt. Über 50 % derjenigen, die Beiträge zahlen, verdienen über 50.000 € im Jahr, das heißt die werden Sie damit in aller erster Linie entlasten. Es wäre klüger gewesen, vielleicht erst einmal an die Beitragsstaffelung heranzugehen, aber Sie versuchen hier „Wünscht dir was!“ zu spielen, und das funktioniert in dieser Form nun einmal leider nicht.

(Beifall von der FDP)

Ich komme zum U3-Ausbau. Dass der U3-Ausbau weiter vorangetrieben werden muss, ist richtig und vernünftig. Das haben auch wir immer gesagt. Aber von den 481 Millionen € an Bundesmitteln sind derzeit ca. 112 Millionen € noch nicht verausgabt. Rund 94 Millionen € sollen erst 2012 und 2013 abgerufen werden. Sicher, wir können davon ausgehen, dass das Geld für die Zielmarke der Bedarfsdeckungsquote von 35 % nicht ausreichen wird, aber ich hätte es aufgrund dieser Haushaltssituation in Nordrhein-Westfalen eigentlich für klüger gehalten, erst einmal die Bundesmittel abzurufen und dann die Differenz entsprechend in den Haushalt einzustellen. Das wäre meines Erachtens aufgrund dieser finanziellen Situation der richtige Vorschlag.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist eine echte Einsparung! – Heike Gebhard [SPD]: Reden Sie mal mit Ihren Haushaltern!)

Noch einmal zur Qualität: Wenn Sie für Ausbau und Qualifizierung sowie für Beitragsfreiheit insgesamt 242 Millionen € ausgeben, wobei die Beitragsfreiheit allein 150 Millionen € davon kostet, dann kann man sich selbst ausrechnen, dass für den Qualitätsausbau nicht mehr viel übrig bleiben wird.

(Zuruf von Ministerin Ute Schäfer)

– Doch, Frau Schäfer, das habe ich schon verstanden. – Ich glaube, es wird an dieser Stelle auch wieder auf eine Unterfinanzierung hinauslaufen. Es passt an dieser Stelle nicht zusammen, was Sie den Menschen verkaufen, aber in der Realität machen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, entschuldigen Sie ...

Marcel Hafke (FDP): Bemerkenswert ist, dass Sie in Ihrem Änderungsantrag für die Kindpauschale den ursprünglich eingeplanten Mehrbedarf um 32 Millionen € absenken. Dies dokumentiert eindeutig Ihr Verständnis von Haushaltspolitik: besser erst einmal hoch verschulden, und dann realistisch kalkulieren. – Interessant wird es sein, was Sie den Freunden von der Linken dazu sagen; denn die sind schon deutlich verstimmt, weil sie das Ganze um 318 Millionen € erhöhen wollten. Ich bin gespannt, wie Sie das erklären.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Dudas würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

Marcel Hafke (FDP): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön.

Gordan Dudas (SPD): Herr Kollege Hafke, Sie haben nun des Öfteren erwähnt, dass die Mittel für die Beitragsfreiheit, die wir bereitstellen, nicht ausreichen würden. Können Sie mir an dieser Stelle bestätigen, dass der Einnahmeausfall, der dem Land durch die Mehrwertsteuerentlastung für die Hoteliers entsteht, die Beitragsfreiheit mehr als nur entlasten würde?

(Beifall von der SPD)

Marcel Hafke (FDP): Ich freue mich, dass Sie jedes Mal mit dem gleichen Argument kommen. Ich glaube, wir sprechen über die Qualität für Kinder und über den vernünftigen Ausbau,

(Heike Gebhard [SPD]: Wir reden doch von Schulden!)

aber Sie machen reine Symbolpolitik und probieren, das umzusetzen, was Sie vor der Wahl versprochen haben,

(Unruhe von der SPD – Wolfram Kuschke [SPD]: Genau das ist der Unterschied!)

und zwar zulasten der nächsten Generationen. Sie setzen ein Wahlversprechen um, aber wissen Sie, wen Sie damit am meisten schädigen? Die nächsten Generationen, denn die müssen Ihre Politik ausbügeln. Die müssen das bezahlen. Eine entsprechende Symbolpolitik, die ausschließlich dafür da ist, Besserverdiener zu entlasten – das hat die Ministerin im Ausschuss noch einmal klipp und klar dargelegt –, das ist Ihre Politik und das verkaufen Sie als größte soziale Wohltat. Ich glaube, das ist der falsche Ansatz. Das muss man den Menschen immer wieder klarmachen.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, bevor Sie mit Ihrer Rede fortfahren: Frau Abgeordnete Asch würde Ihnen auch gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie nichts dagegen haben.

Marcel Hafke (FDP): Jetzt habe ich es bei der SPD zugelassen, dann mache ich das bei den Grünen auch noch.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, bitte.

Andrea Asch (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Hafke, können Sie uns bestätigen, dass im Wahlprogramm der FDP zur letzten Landtagswahl die Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten enthalten war, und können Sie uns sagen, ob Sie bereit gewesen wären, das in der Regierungsverantwortung umzusetzen? Können Sie uns auch sagen, ob Sie bereit gewesen wären, entsprechend Mittel dafür in den Landeshaushalt einzustellen?

(Zustimmung von der SPD)

Marcel Hafke (FDP): Frau Asch, wenn Sie das gesamte Wahlprogramm gelesen hätten, hätten Sie beim nächsten Satz feststellen können, dass wir die Beitragsfreiheit politisch wollen, aber gegenfinanziert und nicht einfach auf Schulden. Das ist der ganz klare, qualitative Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Lachen von der SPD und von den GRÜNEN – Heike Gebhard [SPD]: Ach so! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Geh nach Hause!)

Sie machen Politik auf Kosten der nächsten Generationen und wir haben gesagt: Wir werden das nur machen, wenn wir die Mittel seriös aus dem Haushalt gegenfinanzieren können.

(Beifall von der FDP)

Wir stellen aber bei der gesamten Politik von Rot und Grün fest: Sie pulvern das Geld einfach über Schulden heraus. – Wenn das der Weg ist, dann ist das komplett falsch. Über alles andere hätte man sprechen können. Das habe ich im Ausschuss mehrfach angeboten. Wenn Sie bereit wären, die 150 Millionen € in anderen Bereichen wegzustreichen und der Landesregierung diesen Auftrag zu erteilen, dann hätten wir darüber sprechen können. Aber einfach zu den Banken zu gehen und sich das Geld leihen, ist meines Erachtens der falsche Weg und auch keine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik.

(Beifall von der FDP – Wolfgang Jörg [SPD]:
13 Milliarden € neue Schulden! – Weitere
Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: 800 Milli-
onen € Wachstumsbeschleunigungsgesetz!)

das Stichwort von der Priorisierung, das meines Er-
achtens in Zeiten von knappen Kassen enorm wich-
tig ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Priorisierung heißt
bei Ihnen immer, den kleinen Leuten in die
Tasche zu greifen!)

Grundsätzlich, Herr Sagel, ist das alles wün-
schenswert. Wir können viel Geld ausgeben, aber
wir müssen auch sagen, wo es herkommt und wie
man es entsprechend einsetzt.

So lassen Sie in der Familienhilfepolitik jede Priori-
tätensetzung vermissen. 1,6 Millionen € für den Ge-
bührennachlass in der Familienbildung und gleich-
zeitig rund 1 Million € für die innovative Familienbil-
dung: Das ist wieder alles auf einmal.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Genauso beim Kinder- und Jugendförderplan. Ich
sage ganz deutlich: Natürlich sprechen wir nicht
über Kürzungen – das will ich nämlich auch nicht –,
sondern wir sprechen über eine vernünftige Mittel-
verteilung und die Stärkung guter Strukturen. Aber
auch hier geht es Ihnen eher darum, mit der großen
Gießkanne auszuteilen, statt sich darauf zu kon-
zentrieren, die bisherigen Strukturen zu stärken und
ein konzentriertes Bündel von Projekten auf den
Weg zu bringen.

Die Strukturförderung soll eine Erhöhung um 16 %
erhalten, und die Projektförderung wird von 10,2
Millionen € auf über 20,7 Millionen € mehr als ver-
doppelt. Dazu nur der kurze Hinweis, dass ein an-
deres Verhältnis von Struktur- und Projektförderung,
wenn man hier schon erhöht, meines Erachtens
sinnvoller gewesen wäre.

Ich möchte kurz auf ein, zwei Punkte in diesem Be-
reich eingehen, um das zu verdeutlichen. Für Ge-
denkstättenfahrten, „Europa/Eine Welt“ und „nach-
haltige Entwicklung“ gibt es insgesamt über 1 Milli-
on € mehr. Ich möchte ganz bewusst provokativ
fragen, damit die Abwägungen deutlich werden, de-
nen wir uns stellen müssen: Wenn Jugendzentren
ihre Öffnungszeiten immer weiter herunterfahren,
muss dann wirklich nachhaltige Entwicklung mit zu-
sätzlich 1 Million € gefördert werden? Um es klar zu
sagen: Wir sprechen nicht über Kürzungen, sondern
über zusätzliches Geld.

Ganz neu aufgemacht wird der Bereich der so ge-
nannten Jugendkultur in Nordrhein-Westfalen, was
mit über 2 Millionen € gefördert werden soll. Bisher
konnte uns noch keiner erklären, was dieses Projekt
genau bedeuten soll, wofür diese 2 Millionen € ver-

wendet werden sollen. Auch hier wäre es klüger
gewesen, das Geld eher in die Struktur zu investie-
ren, anstatt ein Projekt auf den Weg zu bringen, un-
ter dem sich niemand etwas vorstellen kann.

Der Bereich der Jugendbeteiligung, den wir auch in
der Anhörung angesprochen haben, wird im Ge-
genzug mit 600.000 € finanziert. Wir wissen auch,
dass das für eine landesweite Jugendbeteiligung
verhältnismäßig wenig ist.

Andere Antworten im Zusammenhang mit dem Kin-
der- und Jugendförderplan sind Sie bisher schuldig
geblieben: Was ist beispielsweise – Herr Jörg hat es
angesprochen, es gibt aber keine Regelung dazu –
mit dem Übertrag von Restmitteln ins Folgejahr oder
einer jahresübergreifenden Projektförderung? Mein
Kenntnisstand ist der, dass der Finanzminister das
für dieses Jahr zum Beispiel untersagt hat. Aber das
wird die Ministerin mit Sicherheit gleich noch aufklä-
ren können.

Meine Damen und Herren, ich glaube, klargemacht
zu haben, dass es uns wichtig ist, im Bereich Kin-
der- und Jugendpolitik vernünftige Prioritäten zu
setzen,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Kein bisschen!)

im Bereich der Qualität Geld zu investieren, aber
dass wir nicht mitmachen, Geld zu verschleudern,
wenn man es in anderen Bereichen sinnvoller aus-
geben könnte. Das unterscheidet uns an dieser
Stelle. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Haf-
ke. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Dr.
Butterwegge.

(Zurufe von Mehrhad Mostofizadeh
[GRÜNE] und von Rüdiger Sagel [LINKE])

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Sehr geehrte
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe)

– Wenn ich auch Ihre geschätzte Aufmerksamkeit
haben dürfte, danke.

Die Kinder- und Jugendpolitik in NRW ist zuletzt bis
auf die Substanz heruntergewirtschaftet worden.
Wann immer der Finanzminister jeder beliebigen
Landesregierung in den letzten 20 Jahren einen
Steinbruch zur Haushaltskonsolidierung benötigte,
griff er auf den Etat der Kinder- und Jugendpolitik
zurück. Dieser Raubbau hat Spuren hinterlassen:
geschlossene Jugendzentren und eine ausgedünnte
Infrastruktur, Mitarbeiter am Rande ihrer Belast-
barkeit und darüber hinaus, Jugendliche, die zwar
einen Hilfebedarf haben, für die es aber keine An-
gebote gibt.

Jeder hier vorgelegte Etat muss sich daran messen lassen, ob er diesen Weg weitergeht oder ob er die Grundlagen für eine Politik im Interesse der Kinder und Jugendlichen legt. Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, wir erkennen in Ihrem Haushalt durchaus positive Entwicklungen,

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

zum Beispiel die Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplanes um 20 auf 100 Millionen €. Allerdings kompensieren Sie damit in erster Linie die Kürzungen der Vorgängerregierung. Das ist lobenswert, zeigt aber noch nicht, dass Sie in Ihrer Politik auch eigene Akzente setzen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Rücknahme von Kürzungen ist nämlich erst einmal nur die Wiederherstellung des früheren Ist-Zustandes, vor allem weil sich diese Erhöhung praktisch über fünf Jahre erstreckt.

Wir nehmen auch sehr wohl wahr, dass Sie verstärkt in Netzwerkbildung und frühe Hilfen investieren, dass Sie die Sicherungsnetze für Kinder und Familien enger weben. Das ist schon mal ein richtiger Weg. Gerade wenn man sich Ihr zentrales Projekt, das „Reförmchen“ des Kinderbildungsgesetzes ansieht, kann man aber nur zu dem Schluss kommen: Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Ministerpräsidentin Kraft hat in ihrer Regierungserklärung am 15. September in diesem Hause ein Gesetz zum Kindergartenjahr 2011/12 versprochen, das – ich zitiere – „den Anforderungen an eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung gerecht wird.“ Davon sind Sie mit diesem Etat, mit diesem Gesetzentwurf meilenweit entfernt. Sie haben sich mit Ihren jüngsten Änderungsanträgen zum Haushalt noch weiter davon distanziert. Sie drohen also an einer Ihrer selbst gesteckten Aufgabe, dem Ausbau qualitativ hochwertiger Kindertagesbetreuung, grandios zu scheitern.

(Beifall von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Ich will das kurz an einigen Punkten erläutern. Beispiel eins: Beitragsfreiheit. Sie sagen, Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und müssen kostenfrei sein. Das klingt wunderbar. Das teile ich in Gänze. Herr Wolfgang Jörg hat eben schon ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Kollegin, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gebhard?

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Ja.

Heike Gebhard (SPD): Herzlichen Dank, Frau Kollegin Butterwegge. Ist Ihnen bekannt – weil Sie gerade darauf hinwiesen, dass es sich bei der ersten

Stufe der KiBiz-Revision nur um ein „Reförmchen“ handele –, dass diese eingeschränkte Reform auf Wunsch der Beteiligten, sprich Träger usw., zustande gekommen ist, die gesagt haben, wir wollen mehr Zeit haben, um mit Regierung und den Fraktionen zu reden, wie denn die Finanzierung, wie die Sprachförderung umgestellt werden soll, und dass wir deshalb, bitte schön, erst einmal nur die nötigsten Dinge in der ersten Stufe machen? Es ist also nicht von uns aus gegangen, sondern wir sind darum sehr nachdrücklich gebeten worden. Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Danke, Frau Gebhard. Das ist mir bekannt. Es greift durchaus auch eine Initiative auf, die wir schon im letzten Jahr hier im Landtag vorgeschlagen haben. Damals ist sie von Ihnen aber leider abgelehnt worden, soweit ich weiß.

Ich möchte nun wieder auf das Beispiel „Beitragsfreiheit“ zurückkommen. Der jetzt geplante Einstieg durch eine Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung kann mich überhaupt nicht überzeugen; denn Sie stellen sich damit quer zu dem, was eigentlich erforderlich wäre und was auch in wissenschaftlichen Studien gefordert wird. Die Beitragsfreistellung für das erste Jahr, in dem ein Kind eine Kita besucht, wäre nämlich pädagogisch sinnvoller. Es würde zudem garantieren, dass Sie es mit Ihrer versprochenen Beitragsfreiheit auch wirklich ernst meinen.

(Beifall von der LINKEN)

Leider fehlt in Ihrem Gesetzentwurf – übrigens ebenso in der mittelfristigen Finanzplanung – nämlich jeder Hinweis darauf, in welchem Zeitrahmen Sie die vollständige Beitragsfreiheit denn umsetzen wollen.

Wohlfeile Ankündigungen helfen den betroffenen Kindern nicht weiter. Wir erwarten von Ihnen einen handfesten Einstieg in diese Beitragsfreiheit. Das bedeutet zumindest die Wiedereinführung landesweit einheitlicher, sozial gestaffelter Elternbeiträge –

(Beifall von der LINKEN)

so lange, bis Elternbeiträge für Bildung in Gänze der Vergangenheit angehören. Dafür brauchen wir einen verbindlichen Zeitplan, wann die weiteren Kindergartenjahre beitragsfrei gestellt werden.

Wenn es Ihnen also tatsächlich um ein Mehr an Chancengerechtigkeit für alle Kinder geht, müssen Sie akzeptieren, dass daran kein Weg vorbeiführt. Entziehen Sie sich nicht Ihrer Verantwortung. Öffnen Sie allen Kindern in NRW den Weg in die Erfahrungswelt Kita!

Beispiel zwei: das zu erwartende Betreuungsdesaster im Sommerloch, zu dem ich auch eine Kleine Anfrage gestellt hatte. Im Haushaltsentwurf fehlt eine Vorsorge für die im Sommer 2011 zu erwartende

Betreuungslücke gänzlich. Der in diesem Jahr sehr späte Schulanfang stellt die Eltern vieler i-Dötzchen vor ein Riesenproblem. Die Kitas werden in den Sommerferien geschlossen, es gibt nicht genügend Plätze im offenen Ganztage, und gleichzeitig reicht der Urlaubsanspruch der Eltern nicht aus, um eine sechswöchige Vollzeitbetreuung ihrer Kinder aus eigener Kraft stemmen zu können. Da müssen Sie Abhilfe schaffen, sonst haben die Eltern und die Kinder das Nachsehen.

Beispiel drei: der U3-Ausbau. Wenn Sie sich mit einem vermeintlichen Ausbauprogramm brüsten, von dem weder der Fachausschuss dieses Hauses noch das Plenum irgendeine Kenntnis haben, dann lege ich Ihnen einen Blick in das SGB VIII nahe. Auf einen U3-Platz besteht ab 2013 ein zu erfüllender Rechtsanspruch. Es ist auch die ureigenste Aufgabe des Landes, zu garantieren, dass Rechtsansprüche im Bildungsbereich faktisch wahrgenommen bzw. umgesetzt werden können. Sie sind also in der Verantwortung, eine Ausbauplanung vorzulegen, die verbindlich regelt, wann und wie viele Plätze eingerichtet werden, um diesen Rechtsanspruch erfüllen zu können.

Der U3-Ausbau zeigt, wie sehr der Bereich der Kinder- und Jugendpolitik besonders unter der Vorgängerregierung heruntergewirtschaftet wurde.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn Rot-Grün bereits die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe als eine besondere Leistung der eigenen Landesregierung herausstellen will, wird deutlich, wie miserabel die von der Vorgängerregierung hinterlassenen Ausgangsbedingungen waren. Das hat sich jetzt nach und nach herausgestellt.

Statt sich also voreilig mit Federn zu schmücken, die erst noch wachsen müssen, sollten Sie sich vielmehr um die Qualität in der Kindertagesbetreuung sorgen. Dort liegt ganz vieles im Argen; denn die Qualität in Kitas steht und fällt mit dem Personalschlüssel, den Gruppengrößen und den Beschäftigungsbedingungen einschließlich der Qualifikation des Fachpersonals.

(Beifall von der LINKEN)

Da reicht es nicht, allein bei U3-Kindern eine Aufstockung um eine halbe Kinderpflegerin-Stelle pro Gruppe vorzunehmen. Der personelle Notstand herrscht derzeit nämlich auch in Gruppen, in denen 20 drei- bis sechsjährige Kinder phasenweise von einer Erzieherin betreut bzw. verwahrt werden. Dort muss also nachgelegt werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie Kitas als Bildungseinrichtungen für die Jüngsten und als Teil präventiver Sozialpolitik begreifen, müssen Sie auch entsprechend handeln. Dann können Sie nicht am Personal sparen, weder in der Schule an den Lehrern noch in der Kita an Erzieherinnen und anderen Fachkräften.

Jetzt gibt es ein Reförmchen, und die Evaluation des KiBiz erfolgt bis 2013. Sollen die Kinder in den Einrichtungen denn bis zum Kitajahr 2014/15 auf wirkliche Verbesserungen warten? Ich halte das für unverantwortbar. Dort muss sehr viel schneller ganz viel geschehen.

Deshalb brauchen wir hier eine Investitionsoffensive, und zwar unverzüglich; denn nur so können der personelle Notstand in manchen Kitas überwunden und der Fachkräftemangel perspektivisch beseitigt werden. Erst wenn Sie Ihren eigenen Anspruch, nämlich das Leitmotiv „Gute Arbeit für NRW“, auch in Kitas umgesetzt haben, werden Sie wieder genug junge Menschen für das anspruchsvolle Arbeitsfeld der Elementarbildung gewinnen können.

(Beifall von Anna Conrads [LINKE])

Deshalb haben wir auch Änderungsanträge zum Haushalt gestellt – unter anderem einen Antrag, in dem gefordert wird, die Kindpauschalen, die von Schwarz-Gelb von Anfang an viel zu niedrig berechnet worden sind, zunächst auf den eigentlich angemessenen Stand zu erhöhen. Wir erwarten, dass Sie hier noch deutlich nachbessern. Dies werden wir im Rahmen der Gesetzgebung sicherlich auch noch diskutieren können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Dr. Butterwegge. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Offensichtlich ist viel Hysterie in dieser Debatte. Ich will aber für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zumindest noch einmal sagen: Wir haben uns vorgenommen, bei diesem Haushalt in Familie, in Kinder und in Jugend zu investieren. Und wir machen das, was wir vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Nur ein bisschen!)

Bei Licht betrachtet muss man auch feststellen, dass Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren leider nicht vom Fleck gekommen ist. Noch immer ist die Zahl der Kinder und der Jugendlichen, die in sozial schwierigen Verhältnissen aufwachsen, sehr hoch. Und – das zeigt im Übrigen der Zuwachs bei den Hilfen zur Erziehung – diese Zahl steigt.

Auch beim Thema „Kinderarmut“ hat sich nichts bewegt – so die neueste Studie der Bertelsmann Stiftung. Für Nordrhein-Westfalen sind die Zahlen dieser Studie dramatisch. Wir führen die Liste der westdeutschen Flächenländer mit der höchsten Quote armer Kinder an. Dass diese Meldung direkt

neben den Berichten über Boom-Zahlen in der Wirtschaft zu finden ist, ist dabei ganz besonders bitter.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Hier zeigt sich deutlich: Unsere Gesellschaft driftet strukturell weiter auseinander. Wir sind wirklich dabei, einen großen Teil der Familien und der Kinder zu verlieren.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig!)

Deshalb haben wir gesagt: Hier müssen wir radikal einen anderen Weg einschlagen. Wir wollen das ändern. Wir setzen auf Prävention, wir setzen auf Intervention, und wir investieren in Bildung.

Besonders an die Damen und Herren der CDU möchte ich sagen: Wir investieren auch in Familien. Dazu hat Frau Doppmeier überhaupt nichts gesagt. Das passt auch gut in den Bundestrend der CDU; denn Familienpolitik ist in Berlin offensichtlich kein Topthema mehr. Die geplante Verlängerung der Vätermonate, von der CDU selbst gefordert, wird in Berlin ausgesetzt. Förderung und Entlastung der Familien, allgegenwärtiges Credo von Frau Merkel und ihren beiden Familienministerinnen: Fehlanzeige.

Jetzt gucken wir, was die CDU hier in Nordrhein-Westfalen machen will.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Ministerin, würden Sie ...

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Nein, ich möchte gerne zu Ende vortragen. Danke.

Ihr Sparvorschläge betrachtend, kann man sagen: Die CDU in Nordrhein-Westfalen will auch bei Kindern und Familien kräftig sparen. Sie wollen die 242 Millionen €, die wir in diesen Landeshaushalt 2011 hineingesetzt haben, einsparen, weil Sie sagen, das seien Wahlgeschenke. Mit anderen Worten: Sie sparen bei jungen Familien, Sie sparen beim Personal, Sie sparen bei der Förderung der Kinder U3, Sie sparen bei der Förderung behinderter Kinder, Sie sparen beim Ausbau der Familienzentren, und Sie sparen bei der Ausbildung von Erziehern und Erzieherinnen. Das ist Ihre Politik für Familien und Kinder in Nordrhein-Westfalen?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit Verlaub gesagt: Ich finde das erbärmlich, denn damit sparen wir die Zukunft unserer Kinder und Familien kaputt.

(Minister Guntram Schneider: Bravo!)

Außerdem werden wir uns dafür mittel- und langfristig deutlich mehr Kosten aufhalsen, als wir momentan einsparen können. An der Basis, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, weiß

man, was in den Familien los ist, da hat man das schon lange gemerkt. Ich erinnere nur an die Debatten, die wir hier um die Finanzierung beim U3-Ausbau geführt haben. Für unsere Soforthilfe, die wir bei Übernahme der Regierung geleistet haben, haben wir unglaublich viel Applaus bekommen, selbst von CDU-Bürgermeistern. Das haben Sie vermutlich schon wieder vergessen.

Wir haben hier eine klare Leitlinie, und wir wollen keine kontraproduktiven Kürzungen bei der Familie und bei der Familienbildung. Wir führen diesen Bereich der Familienhilfe und der Familienpolitik mit insgesamt 4,5 Millionen € auf den Stand zurück, der 2005 vorhanden war und den Sie zwischenzeitlich auch noch gekürzt hatten. Damit stärken wir wichtige Bereiche, die für uns ganz viel mit Erziehungsfragen und ganz viel mit lebenspraktischer Hilfe zu tun haben.

Ich komme nun zum nächsten Bereich, der hier heiß diskutiert worden ist: die Kindertagesbetreuung. Wir müssen feststellen, und das haben uns alle Verbände, alle Träger, alle Beteiligten gesagt: Das gegenwärtige Kinderbildungsgesetz schafft keine guten Rahmenbedingungen für Kinder in den Kitas, im Gegenteil.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben mit den 242 Millionen €, die wir in diesen Haushalt 2011 eingesetzt haben, einen ersten Schritt – jetzt ist Frau Doppmeier leider nicht da, aber Frau Butterwegge möchte ich das auch ins Stammbuch schreiben – unternommen,

(Dr. Carolin Butterwegge [LINKE]: Wann kommt der nächste?)

um hier Verbesserungen beim Kinderbildungsgesetz vorzunehmen. Wir investieren in drei Bereiche: Wir investieren in Qualität, wir investieren in Gebührenfreiheit, und wir investieren in den Ausbau der U3-Betreuung.

Herr Hafke, ich bin ein bisschen enttäuscht. Sie können den Haushaltsplan gar nicht lesen. Sie sagen immer: Von den 242 Millionen € gingen 150 Millionen € in die Beitragsfreiheit. Das ist definitiv falsch. Es sind nur fünf Zwölftel. Ich hätte erwartet, dass Sie angesichts dieser wichtigen Debattenlage einmal einen Blick in den Haushalt werfen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es geht um 62 Millionen €, nicht um 150 Millionen €.

(Heike Gebhard [SPD]: Ein Blick reicht nicht! Man muss es auch verstehen!)

Das ist eine böswillige Verzerrung oder einfach Dummheit. Was dahinter steckt, kann sich jetzt jeder aussuchen. An der Stelle haben Sie falsch gerechnet.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das kann böse zurückschlagen! Vorsicht an der Bahnsteigkante! – Widerspruch von der SPD)

– Herr Ellerbrock, sprechen Sie jetzt aus Erfahrung?

(Holger Ellerbrock [FDP] Ja!)

– Ach so, okay.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Aus Erfahrung mit Ihnen!)

– Sie sprechen aus Erfahrung, das beruhigt mich. Ich habe da keine Sorge, Herr Ellerbrock.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was gilt denn jetzt? 62 Millionen oder 92 Millionen?)

Ich will noch einmal deutlich machen: 242 Millionen € werden neu investiert, davon gehen 62 Millionen € im Jahr 2011 in die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr. 80 Millionen € gehen in Qualitätsverbesserung und 100 Millionen € gehen in den U3-Ausbau, in die Investitionen, die dringend notwendig sind.

Ich habe mich gefragt, Herr Hafke, wenn Sie für die FDP so viel über Qualität diskutieren wollen: Wo ist denn Ihr Antrag dazu gewesen? – Ich habe keinen einzigen Antrag zur Haushaltsdebatte gesehen, keinen einzigen!

(Beifall von der SPD)

Aber Sie stellen sich hierhin und sagen: Wir müssen über Qualität sprechen. Ihre Partei ist dafür verantwortlich, dass wir dieses Kinderbildungsgesetz haben, was uns diese schwierigen Rahmenbedingungen beschert hat. Kein einziger Antrag – und auch noch schlecht gerechnet.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Einen zweiten Punkt, Herr Hafke, den Sie hier eingebracht haben, möchte ich auch noch korrigieren. Sie sagen: 50 % der Eltern würden über ein Nettojahreseinkommen von 50.000 € und mehr verfügen. Ich weiß nicht, wo Sie die Zahl her haben. Auch da kann ich nur sagen: entweder bewusst falsch oder aber falsch erinnert.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Es sind 12,9 % – und ich bitte Sie einfach, genau zuzuhören und die Protokolle nachzulesen. Also verunsichern Sie die Menschen nicht mit schlicht und einfach falschen Zahlen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um Ihnen ein anderes Beispiel zu geben: In Essen war jüngst zu lesen, dass die größte Gruppe der Beitragszahler die Eltern sind, die auf ein Jahreseinkommen von bis zu 37.000 € kommen, nicht netto, wohlweislich.

(Heike Gebhard [SPD]: Das ist Lebensrealität, das kennen Sie überhaupt nicht!)

Und um diese Menschen geht es. Herr Jörg hat eindrucksvoll nachgewiesen, dass die Tatsache, dass man Kinder bekommt, auch mit Armut zu tun haben kann. Das macht es noch einmal deutlich. Darum ist es richtig, an drei Stellen gleichzeitig zu arbeiten: bei der Qualität, bei der Gebührenfreiheit und beim Ausbau U3.

Zum Ausbau U3 ist, denke ich, alles gesagt worden. Da haben Sie uns einen Scherbenhaufen hinterlassen,

(Beifall von der SPD)

da haben die Kommunen bittere Not gehabt, in den Ausbau der Plätze investieren zu können. Wir haben das mühsamst geheilt und werden weiter für qualitätsvolle Entwicklung sorgen.

Aber ich will auch noch einmal sagen: Wenn Sie das als Wahlgeschenke bezeichnen und damit deutlich machen, wir würden hier Wahlgeschenke verteilen und wir würden uns damit verschulden, dann erinnere ich noch einmal an folgende Situation: 2005 hat die Regierung gewechselt. Da gab es eine Verschuldung von 110 Milliarden €. 2010 hat die Regierung wieder gewechselt. Da gab es eine Verschuldung von 127 Milliarden €. Da können Sie jetzt einmal die Differenz ausrechnen, was das dann tatsächlich für Ihre Politik bedeutet. Ich würde den Mund an der Stelle nicht so voll nehmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Wolfgang Jörg [SPD]: Hört, hört!)

Ich möchte noch eine abschließende Bemerkung für die Landesregierung zur Unterstützung der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen machen. Sie haben in den vergangenen fünf Jahren diesen Bereich, dieses Politikfeld komplett vernachlässigt. Wir wollen eine eigenständige Jugendarbeit, eine eigenständige Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen umsetzen und investieren dafür 20 Millionen € mehr und erhöhen den Kinder- und Jugendförderplan auf 100 Millionen €.

Wir machen dies, um die Infrastruktur zu verbessern und um neue Mittel für Projekte zu haben, aus folgendem Grund: Wir sind davon überzeugt, dass die Jugendarbeit einen ganz wesentlichen Beitrag zur Prävention und zum Ausgleich sozialer Benachteiligung leisten kann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Damit spart der Staat auf Dauer viel Geld.

Wir sind der Überzeugung: Jugendarbeit als außerschulische Bildung, sozusagen als Lebensbildung, legt den Grundstein für gesellschaftliche Teilhabe. Sie legt vor allem dem Grundstein für bürgerschaftliches Engagement. Das bürgerschaftliche Engagement, das wir in Deutschland haben, das müssen wir pflegen, das müssen wir weiterentwickeln; denn es ist für die Zukunft unseres Landes unverzichtbar.

Dafür werden wir Mittel in unveränderter Höhe be-reithalten.

Politik muss Wort halten. Sie haben das leidvoll er-fahren; denn Sie haben viele Versprechen gegeben, die Sie in der letzten Legislaturperiode nicht gehal-ten haben. Wir halten unsere Wahlversprechen. Deshalb vertrauen uns die Menschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Mi-nisterin. – Zu diesem Teilbereich liegen keine weite-ren Wortmeldungen vor.

Wir kommen dann zum

Teilbereich Kultur

Die Debatte zu diesem Teilbereich eröffnet für die CDU-Fraktion Frau Brunert-Jetter.

Monika Brunert-Jetter (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Was in diesem Hohen Hause im Zusammenhang mit der Debatte um den Landeshaushalt 2011 ab-läuft, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus.

(Karl Schultheis [SPD]: Da sind Sie ja zu Hause!)

Da wird dem Parlament durch die rot-grüne Minder-heitsregierung ein Haushalt vorgelegt, der bereits bei der Einbringung in das parlamentarische Verfah-ren Makulatur ist.

(Beifall von der FDP)

In Windeseile wird er durch die Gremien gepeitscht. Und – was für ein Glück für diese Minderheitsregie-rung – über deutliche Steuererhöhungen, Ein-nahmen durch den Länderfinanzausgleich und eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist es vielleicht möglich, ansatzweise Verfassungskonformität hin-zubekommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei diesem Ak-tionismus der Landesregierung frage ich ernsthaft: Und wo bleibt hier die Kultur? Bleibt sie mal wieder auf der Strecke, so wie es bei der rot-grünen Lan-desregierung in den Jahren 2000 bis 2005 jährlich geschah?

(Karl Schultheis [SPD]: Kultur sollte die Wortbeiträge prägen!)

Ich weiß, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kol-legen von SPD und Grünen: Sie wollen es nicht hö-ren. Aber es gibt ein paar Tatsachen, da beißt die Maus keinen Faden ab.

Trotz schwieriger Haushaltslagen in den vergange-nen fünf Jahren hat die schwarz-gelbe Landesregie-rung gespart

(Karl Schultheis [SPD]: 17 Milliarden € mehr ausgegeben!)

und dennoch für den Kulturhaushalt einen jährlichen 20%igen Aufwuchs möglich gemacht.

Spaßeshalber habe ich mir gestern Abend noch einmal die Protokolle zu den Haushaltsdebatten in den vergangenen fünf Jahren im Internet ange-sehen. Und was ist da zu lesen? – Die Sprecher von SPD und Grünen bekommen zwar einen Halbsatz der Anerkennung für den jeweiligen Aufwuchs im Kulturbereich über die Lippen, aber immer begleitet von einem Lamento, dass das alles noch nicht aus-reiche, dass die Kultur nicht den Stellenwert erfahre, der ihren gesellschaftlichen Leistungen entspreche, und dass der Aufwuchs höher ausfallen müsse.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wa-ren das vielleicht doch nur Lippenbekenntnisse – und heute agieren Sie nach dem Motto „Was kratzt mich mein Geschwätz von gestern“? Zumindest sind diese vollmundigen Forderungen in diesem Kulturetat nicht ansatzweise zu finden.

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Meine Ein-lassungen hier und heute sind keine Aufforderung zu einer weiteren Verschuldung

(Heike Gebhard [SPD]: Ach nein!)

– die ist eh dramatisch genug und belastet in einer geradezu unverantwortlichen Weise unsere Kinder und Enkelkinder –, sondern es ist die Frage, wie und wo man in einem Landeshaushalt Prioritäten setzt.

(Karl Schultheis [SPD]: Dann machen Sie das mal! – Heike Gebhard [SPD]: Ihr Vor-schlag bitte!)

Dass das eindeutig nicht im Kulturbereich der Fall ist, das ist wohl für jeden zu erkennen.

(Karl Schultheis [SPD]: Im Kulturausschuss haben Sie keinen Vorschlag gemacht!)

De facto wird der Kulturhaushalt sogar um 2,3 Milli-onen € gekürzt. Nachdem einige Haushaltsansätze der vergangenen Jahre aufgrund auslaufender Pro-jekte bzw. fertiggestellter Bauprojekte wegfallen, wird noch nicht einmal die volle Summe im Kultur-haushalt belassen.

Dazu kommt, dass über die nächsten Jahre Ver-pflichtungsermächtigungen von 38,5 Millionen € ge-strichen werden. Ich dachte eigentlich, dass wir Kul-turpolitiker hier im Landtag uns darüber einig waren, dass es gerade in der Kulturszene besonders wich-tig ist, den Kulturinstitutionen über Verpflichtungs-ermächtigungen eine längerfristige Planungssicher-heit für ihre Projekte zu geben. Zumindest war das

in der vergangenen Wahlperiode eine Erwartung und auch eine Selbstverständlichkeit.

Und noch etwas! Frau Ministerin, warum nutzen Sie im Kulturbereich nicht die Möglichkeiten der vorläufigen Haushaltsführung für das Jahr 2011, die Ihr Finanzminister mit Schreiben vom 21. Dezember 2010 mitgeteilt hat? Dort ist doch schwarz auf weiß zu lesen, wie es möglich ist, Kulturträger und -projekte zu unterstützen, um ihnen ein Überleben oder eine Weiterarbeit möglich zu machen. Oder sollte sich vielleicht doch bestätigen, dass Sie andere Prioritäten setzen, dass die Kultur, wie die „Rheinische Post“ titelte, in einem Sammelsurium-Ministerium ein fünftes Rad am Wagen ist?

(Lachen von der SPD – Karl Schultheis [SPD]: Ihre Staatskanzlei, das war ein Sammelsurium!)

Im Interesse der zahlreichen Kulturschaffenden und Kulturinteressierten in diesem Land fordern wir, die CDU-Fraktion, Sie erneut auf, mit dem Kulturretat keinen Schritt zurück, sondern einen erkennbaren Schritt nach vorne zu machen – so wie die CDU/FDP-Landesregierung trotz knapper Kassen und einer Haushaltskonsolidierung in den vergangenen fünf Jahren eindeutige Signale gesetzt hat. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Brunert-Jetter. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für den Bereich „Kultur“ fußt auf drei starken Säulen: Die erste Säule ist die Verlässlichkeit, die zweite Säule ist die Ausgewogenheit und die dritte Säule ist die Ursachenbekämpfung statt Symptombehandlung.

Die Landesregierung steht mit ihrem Haushaltsansatz für die Verlässlichkeit in der Finanzierung der Kultur. So viel Geld für Kultureinrichtungen und Kulturprojekte gab es noch nie. Um es ganz deutlich zu sagen: Die laufenden Projekte sind sicher. Es kommen sogar noch neue Projekte hinzu. Das ist die Realität. Da brauchen Sie nicht ständig zu versuchen, für Verunsicherung zu sorgen.

Ich gehe ganz konkret auf ein Projekt ein, das jetzt auch wieder in die Diskussion kam, und zwar durch eine Kleine Anfrage des ehemaligen Ministerpräsidenten – eine wirklich „kleine“ Anfrage. Er hat nämlich der Presse entnommen, dass mit dem Projekt JeKi angeblich etwas nicht stimmt. Das war am 31. März 2011. Ich kann dazu sagen: Alle Achtung! Dass mit diesem Projekt etwas nicht stimmt, haben wir bereits festgestellt, als wir die Regierung übernommen haben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Was da nicht stimmt, ist, dass das für die weitere Finanzierung vorgesehene Stiftungskapital, angeordnet in Höhe von 12 Millionen €, nach einer Fundraising-Aktion noch nicht einmal eine halbe Million Euro aufgewiesen hat. Wir haben bereits sehr frühzeitig durch die Ministerin signalisiert: Jawohl, wir stehen für JeKi. Wir stehen sicher zu diesem Projekt. Und wir haben auch hier bereits signalisiert: Planungssicherheit für die Musikschulen in puncto Instrumentenkauf und Beschäftigung von Lehrkräften.

Selbstverständlich ist die Kunst- und Kulturszene in diesem Zusammenhang verunsichert. Denn die Frage lautet doch: Wann kommt der Haushalt? Wird geklagt und, wenn ja, wann? Das trifft gerade Bereiche, in denen vieles über Projektförderung läuft und sich von daher viele Beteiligte jetzt schlicht und ergreifend hilflos an uns wenden mit der Bitte, den Haushalt bald zu verabschieden, und daran die Hoffnung knüpfen, dass sie dann auch die Mittel erhalten.

Dieses Wissen hätte man sich locker aneignen können. Dafür brauchte man nicht anzufangen, die Menschen zu verunsichern.

Um es klar zu sagen: Die Projekte – auch konkret JeKi – stehen. JeKi steht sogar auf wesentlich sichereren Füßen, als dies vorher der Fall war.

Die Landesregierung steht verlässlich zur Kultur. Wir haben einen Aufwuchs in fast allen Bereichen. Trotz der schwierigen Haushaltssituation gibt es eine Erhöhung.

Für die Theater und Orchester wird die Unterstützung um 4,5 Millionen € erhöht. Was den Einstieg in die Theaterkonferenz betrifft, so gibt es eine Erhöhung um 50 %. Die Zuschüsse für die freien Theater werden um 1,5 Millionen € erhöht. Die Mittel für Kultur und Schule werden um 1 Million € aufgestockt. Für digitale Archivierung, regionale Kulturförderung und die Nachfolge RUHR2010 zur Sicherung der Nachhaltigkeit – für all diese Sparten wurden Mittel eingestellt.

Zum zweiten Punkt. – Der Haushalt steht auch für Ausgewogenheit. Er berücksichtigt die großen Bereiche Kunst, Kulturerhaltung und kulturelle Bildung. Konsequenterweise baut er über eine Verdoppelung der Mittel auf den Ausbau der kulturellen Bildung.

Zu den eben genannten Erhöhungen kommt der „Kulturrucksack“ hinzu, für den 3 Millionen € neu eingestellt werden. Ich weiß, auch diesbezüglich wird wahrscheinlich noch die Frage nach der Konzeption kommen. Da kann ich Ihnen sagen: Diese wird kommen. Aber wir sind sicher alle der Meinung, dass das Prinzip richtig ist, Kinder und Jugendliche so früh wie möglich an kulturellen Ereignissen teilhaben zu lassen.

Kultur ist für uns kein verzichtbares Luxusgut, und es ist kein Streichgut zur Haushaltskonsolidierung. Wir wollen auch hier wie im gesamten Bereich der Bildung nach dem Grundsatz handeln: Kein Kind, kein Jugendlicher darf zurückgelassen werden.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen das Kind, den Jugendlichen zum Zuschauer machen, und wir wollen das Kind bzw. den Jugendlichen ebenso zum Akteur machen.

Nun zum dritten Punkt, der neben Verlässlichkeit und Ausgewogenheit ebenfalls wichtig ist, nämlich der Ursachenbekämpfung. Die Kultur befindet sich in einer Krise, aber diese Krise ist nicht selbst gemacht, sondern sie gründet in der katastrophalen Krise der kommunalen Finanzhaushalte, deren Auswirkungen die Kultur in vollem und im härtesten Umfang, existenzgefährdend, spürt.

Sie haben sich hier immer als großer Kulturförderer hingestellt. Wenn Sie nur den Kulturhaushalt ansprechen, gebe ich Ihnen völlig recht: Die von Ihnen für die Kultur eingestellten ca. 70 Millionen € sind eine wunderbare Sache. Aber Sie haben gleichzeitig zugesehen, wie die kommunalen Finanzen in die Katastrophe hineinschlittern. Sie wissen, dass die Kommunen die Hauptträger der Kultur sind. Damit haben Sie die Kultur insgesamt in einem erheblichen Maße gefährdet.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben gestern bereits darüber gesprochen: Verdopplung der Zinslast auf 20 Milliarden €. Sie haben die Kommunen schlicht und ergreifend alleingelassen. Auch gestern haben Sie hier im Plenum wieder konsequent gegen das GFG gestimmt. Sie waren konsequent dagegen, obwohl gerade das GFG den ärmsten Kommunen die Möglichkeit gibt, weiter ihre Kultur vor Ort anzubieten, und dazu beitragen könnte, dass diese Kommunen wieder atmen können.

Sie haben in Richtung Kulturszene noch ein Weiteres gemacht: Sie haben die Kulturszene damit nämlich zum Hilfeempfänger degradiert. – Das gilt es deutlich zu ändern.

Wir stehen für starke Kommunen, und wir stehen für die kommunale Selbstverwaltung ein. Wir wollen, dass die Kommunen vor Ort ihre Kultur anbieten können, die sie anbieten wollen, und wir wollen, dass sie dafür das Geld entsprechend bekommen.

Wie gesagt: Unsere Kulturpolitik steht für diese Verlässlichkeit, für diese Ausgewogenheit, und sie geht konsequent an die Bekämpfung der Ursachen für die Krise, die die Kultur hart trifft. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Bialas. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Bialas hat das Wichtigste schon gesagt. Da wir eine Koalition bilden, die sich in vielen Punkten, so auch in diesem, einig ist, brauche ich all das gar nicht zu wiederholen. Vielen Dank, Herr Kollege Bialas, für Ihre Ausführungen.

Ich will aber doch noch einmal auf Widersprüche hinweisen, die Sie, Frau Brunert-Jetter, hier vorne am Pult dargestellt haben. Das macht uns natürlich nachdenklich.

Sie sagen auf der einen Seite: Ihr sollt euch auf keinen Fall weiter verschulden. Mit diesem Anliegen sind die Fraktionen von CDU und FDP ja vor das Verfassungsgericht des Landes gegangen. Auf der anderen Seite aber sagen Sie: Jetzt gebt endlich mehr Geld für die Kultur aus. – Das wird nicht ganz leicht zu erklären sein.

(Zuruf von Monika Brunert-Jetter [CDU])

Sie sagen auf der einen Seite: Ihr peitscht hier einen Haushalt durch, als ob ihr sonst für nichts mehr Zeit hättet. Auf der anderen Seite aber bejammern Sie, dass wir nicht genügend Geld und Projektmittel geben, Sie erinnern die Ministerin an einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn. – Das passt alles nicht zusammen.

Natürlich hat die Szene ein prinzipielles Problem, weil wir mit dem Haushalt so spät kommen. Natürlich haben wir ein Problem im Land, weil wir zu wenig Geld für all das haben, was wir aus unseren berühmten Füllhörnern gerne verteilen möchten. Das geht uns hier im Landtag aber doch allen so. Das ist doch kein Problem einer bestimmten Gruppe hier im Hohen Hause.

Deshalb ist das hier nicht etwa ein Stück aus dem „Tollhaus“, wie Sie sagen – ich weiß gar nicht, ob Sie schon einmal ein Tollhaus gesehen haben.

(Heiterkeit von der SPD)

Es ist einfach politische Realität, dass wir mit einem hochdramatisch engen Haushalt versuchen müssen, das im Land voranzubringen, was wir uns gemeinsam vorgenommen haben.

Da – das muss ich jetzt wirklich sagen – sehe ich und sieht auch meine Fraktion manches doch anders als Sie.

Wir haben mit der SPD einen Koalitionsvertrag vereinbart, in den wir eine Reihe von Punkten hineingeschrieben haben, unter anderem auch einen Punkt, den ich für sehr wichtig halte, nämlich, Kontinuität im kulturpolitischen Bereich zu wahren. Das eint uns im Landtag auch bislang über alle Fraktionen hinweg; wir alle halten dies für wichtig. Denn

das sehr reiche und vielfältige Kulturangebot im Land wurde eben nicht, wie Sie behauptet haben, von irgendjemandem, von irgendeiner rot-grünen Regierung, kaputtgespart, sondern es hat sich über die Jahre hinweg kontinuierlich entwickelt.

Gott sei Dank ist dieses Kulturangebot auch heute noch vorhanden. Die Menschen bei uns gehen in die Theater, sie nutzen die Angebote der freien Szene, sie besuchen die soziokulturellen Zentren im Land. Sie sind aktiv. All das läuft. Es gibt ein breites Angebot, und die Menschen erfreuen sich daran – Gott sei Dank. Das alles gibt es zu immer noch relativ bezahlbaren Preisen.

Das ist es, was Kulturpolitik leisten muss: Sie muss die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen. Ich meine, dass diese Landesregierung dies auch tut.

Richtig ist eines: Wir als Kulturpolitiker wünschen uns – da sind wir Gott sei Dank gar nicht alleine; andere Fachpolitiker tun dies auch – so manches. Wir wünschen uns natürlich für unseren Etat einen erheblich höheren Ansatz. Das ist doch logisch. Wir haben noch viel mehr Dinge im Blick. Wir würden manches gern viel stärker fördern, und wir hätten natürlich Freude daran, wenn wir insbesondere die jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger verstärkt und noch mehr, als wir das heute schon tun können, in die Welt der Kultur und der Zivilisation mitnehmen könnten.

Denn was passiert, wenn wir das nicht tun, das beobachten wir in den Ländern, in denen die Kulturförderung wirklich zusammengebrochen ist. Gucken Sie sich einmal an, was in Italien und anderen Ländern passiert, wo die Kulturförderung aus öffentlicher Hand lange nicht so vorangetrieben wird, wie das bei uns in Deutschland Gott sei Dank der Fall ist. In NRW – der Kollege Bialas hat darauf hingewiesen – sind es die Kommunen, die den Löwenanteil tragen.

Und nun kommt der dritte Widerspruch, auf den ich gerne eingehe. Sie haben es bereits angesprochen, Herr Bialas. Es ist schon ein tolles Ding, wenn die CDU uns vorhält, sie habe die Mittel für die Kultur immer erhöht. – Richtig, das haben wir auch immer gelobt, und zwar nicht nur mit einem Halbsatz, sondern schon mal auch mit zwei Sätzen. – Das Problem aber, dass die Kommunen über Jahre immer stärker ans finanzielle Gängelband genommen wurden und eben nicht die Möglichkeiten hatten, die Kultur, die zu 80 % vor Ort gefördert wird, entsprechend voranzutreiben, erwähnen Sie nicht.

Da muss ich Ihnen klar ins Stammbuch schreiben: Die Bilanz von Schwarz-Geld aus den letzten fünf Jahren, was die Kommunen betrifft, ist so desaströs, dass wir das mit unserem bescheidenen Kulturetat auf Landesseite von rund 185 Millionen € leider Gottes nicht auffangen können. Das ist so. Da können Sie ruhig mit dem Kopf schütteln, Frau

Brunert-Jetter. Das ist die politische Realität in diesem Land.

Und die Menschen vor Ort wissen das auch. Die merken, dass die Stadtbücherei geschlossen werden musste. Das sind ja keine Entscheidungen, die wir hier getroffen haben, sondern diese Entscheidungen mussten die Kommunen vor Ort treffen, weil nur dieser sogenannte freiwillige Bereich noch eine kleine Sparmöglichkeit bot. Dass im Grunde genommen nichts gespart wird, wenn die Kinder die Bücherei nicht mehr in der Nähe haben, das wissen die Menschen vor Ort doch auch.

Von daher ist unsere Aufgabe eine andere, und die heißt: Wir müssen uns bemühen, stärker zu werden, gerne auch im Kulturetat, wenn wir das können, aber dann brauchen wir nicht eine Opposition, die vor das Gericht zieht und klagt, sondern eine, die konstruktive Vorschläge macht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Nun kommt mein letzter Satz. Bezüglich der diesjährigen Haushaltsverhandlungen haben Sie von „durchpeitschen“ geredet. Das ist wirklich Unsinn. Wir nehmen uns Stunden Zeit, darüber ausführlich zu diskutieren. Sie haben im Kulturausschuss beantragt, gar nicht darüber zu reden. Ich erinnere mich an eine Kulturausschusssitzung, die zumindest für mich exakt 90 Sekunden gedauert hat, weil die vereinigte Opposition beschlossen hat, nicht darüber zu reden, da es niemanden interessiert. Das ist Ihr fachpolitischer Beitrag dazu. Und darüber ärgere ich mich – offen gesagt – ein wenig.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Denn es ist der Versuch, den Ausschuss, wo man sich über die Sache fachlich unterhält, mundtot zu machen. Und hier wird nun die Oppositionswelle geritten, die meiner Ansicht nach jedenfalls an dem Punkt über Ihrem Kopf zusammengeschlagen ist.

Den Rest zu dem Thema wird die Ministerin beitragen. Die ist nämlich in dem Ausschuss überhaupt nicht zu Wort gekommen. Das finde ich vor dem Hintergrund eines demokratischen Umgangs miteinander wenig erfreulich. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Keymis. – Für die FDP spricht jetzt Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! In der Großen Anfrage der SPD in der vergangenen Legislaturperiode gab es folgende Passage:

„Verantwortliche in Politik und Gesellschaft müssen dafür Sorge tragen, dass die Förderung der Kultur nicht gegenüber anderen Politikbereichen zurückgestellt wird.“

Das eint uns sicherlich, jedenfalls was die Kulturpolitik angeht. Wir haben ja immer mit den anderen Fachbereichen unsere kleinen Käbbeleien, den Wettbewerb der Argumente. Aber entscheidend ist doch, was man aus einer solchen Erkenntnis macht und wie wir unserer Verantwortung nachkommen.

Bis 2005 ist der Kulturbereich in besonderer Weise von Rot-Grün in die Kürzungen mit einbezogen worden. Die Kulturszene und die Kulturförderung des Landes wurden bis fast auf eine die Existenz der Kultur gefährdende Größenordnung zusammengestrichen. Das haben CDU und FDP 2005 bis 2010 mit der Verdopplung des Kulturförderetats korrigieren können.

Ich will ausdrücklich anerkennen, dass der frühere rot-grüne Weg jetzt nicht beschritten wird und der Kulturförderetat keine wesentlichen Kürzungen vorsieht. Das ist ohne jeden Zweifel anzuerkennen, da zudem die Haushaltssituation schwierig ist. Dass vor dem Hintergrund bei der Kultur nicht in nennenswertem Umfang gespart wird, erkennen wir an.

Frau Ministerin Schäfer hat bei den Beratungen zu einem anderen Teilbereich auf den Anstieg der Schuldensumme des Landes Nordrhein-Westfalen in der Zeit von 2005 bis 2010 aufmerksam gemacht. – Frau Ministerin, ich empfehle einen Rückblick auf die Jahre 1995 bis 2005. 1995 betrug die Verschuldung des Landes 67 Milliarden €. Sie können sich vielleicht selber den Reim darauf machen, wie unter rot-grüner Regierungsverantwortung 50 Milliarden € dazugekommen sind.

(Beifall von der FDP)

Zum Kulturetat. – Ich will den Kollegen Bialas nicht enttäuschen. Die Frage nach der Konzeption des Kulturrucksacks treibt uns natürlich um. Es ist eine Titelgruppe eingeführt worden. Soweit volle Anerkennung und Rückdeckung für das Ziel, dass die kulturelle Bildung, die Vernetzung von Kultur und Schule intensiviert wird!

Allerdings gibt es eine Reihe von Titeln, in die Geld eingestellt ist, aber unklar ist, was sich hinter dem Kulturrucksack versteckt, welche Inhalte sich dahinter verbergen. Darüber ist bislang keinerlei Auskunft gegeben worden. Es ist eine ganz große ominöse Blackbox.

(Beifall von der FDP)

Ich will ausdrücklich für die FDP darauf hinweisen: Wenn öffentliche Gelder für sinnvolle Maßnahmen zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen ausgegeben wird, dann ist das akzeptabel. Aber wenn einfach Mittel in den Haushalt eingestellt werden, ohne dass klar ist, wofür diese Mittel ausgegeben werden und welcher Inhalt dahinter steckt, dann können wir fachlich seriös nicht beurteilen, ob das eine sinnvolle und akzeptable Ausgabe ist. Deswegen werden Sie sich diesen Kritikpunkt anhören müssen. Sie werden ja wahrscheinlich selber

nicht ganz so glücklich sein angesichts der bisher fehlenden Konzeption, sodass der „Rucksack“ noch nicht mit Inhalt zu füllen ist.

Darüber hinaus wurde das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ angesprochen – eine sehr erfolgreiche Kooperation im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010. Von Anfang an wussten wir alle, dass wir vor der großen Herausforderung stehen, erstens die Weiterfinanzierung sicherzustellen, wenn die Kofinanzierung durch die Bundesstiftung ausläuft.

Klar ist dieses Projekt so weiterzuentwickeln – dies auch unter Einbeziehung von Programmen wie „Jedem Kind seine Stimme“ oder Tanz –, dass wir tatsächlich in ganz Nordrhein-Westfalen und nicht nur im Ruhrgebiet eine sinnvolle Finanzierung der kulturellen Bildung haben werden.

Als letzten Punkt – die Redezeit ist mit fünf Minuten doch sehr knapp bemessen – möchte ich die kommunale Kulturförderung ansprechen. Ich glaube, es ist zu einfach und zu kurz gegriffen, nur für einzelne Maßnahmen ein bisschen mehr Geld in den Haushalt einzustellen. Wir müssen uns vielmehr auch grundsätzlich mit der Frage der kommunalen Kulturförderung durch das Land auseinandersetzen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Kollegin, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Angela Freimuth (FDP): Man muss zum Beispiel einen Ermessenskorridor für die Regierungspräsidenten als Kommunalaufsicht eröffnen.

All das sind Ansätze, die wir sicherlich im Weiteren noch vertiefen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Wir sind ja schon zufrieden, wenn uns nichts weggenommen wird.“ – Das, meine Damen und Herren, ist der hauptsächliche Tenor, den man mittlerweile zu hören bekommt, wenn man mit Kulturschaffenden jeglicher Professur zusammensitzt und sich über ihre Situation unterhält.

Aus der Sicht einer solchen Mangelverwaltung ist der vorgelegte Kulturhaushalt dann auch ganz zufriedenstellend. Denn Kürzungen gibt es de facto nicht. Aber – diese Frage richte ich jetzt an die Landesregierung – kann es tatsächlich das Ziel der Kulturpolitik in NRW sein, sich mit einer solchen Mangelverwaltung zufriedenzugeben? – Ich denke, eher nicht.

In keinem anderen Bundesland werden die Kosten für Kultur so sehr auf die Kommunen abgewälzt wie in NRW. Allerdings sind auch nirgendwo sonst so viele Kommunen in der Haushaltssicherung wie in unserem Land. Dieser Umstand führt dazu, dass immer mehr Kommunen Stadtbibliotheken schließen, Museen nur noch sehr eingeschränkt oder auch gar nicht mehr arbeiten. Und darüber, wie bedroht die städtischen Bühnen von immer mehr Kommunen sind, muss ich an dieser Stelle wohl keine Worte mehr verlieren.

Wenn wir dies ändern wollen, dann müssen wir über die Pflichtigkeit von Kultur reden, sei es in Form einer Kulturpauschale oder eines Kulturfördergesetzes oder über die Finanzierung einer solchen Kulturpflicht unabhängig vom GFG.

Die kommunalen Spitzenverbände, die immer gegen solche Verpflichtungen zur Kultur mit dem Hinweis auf das kommunale Selbstverwaltungsrecht argumentieren, müssen sich fragen lassen, was dieses denn wert ist, wenn es nur darin besteht, frei entscheiden zu dürfen, ob man das Schwimmbad oder das Theater schließt. Ich habe eine andere Vorstellung von kommunaler Selbstverwaltung.

Auch wenn die einzelnen Titel des Kulturhaushaltes kaum oder nicht gekürzt wurden, ist es kein Schritt nach vorne, sondern es schreibt nur die chronische Unterfinanzierung des Kulturbetriebes fort. Einstmals als wichtig erkannte Projekte werden nicht umgesetzt.

So haben wir uns erst einmal auf unbestimmte Zeit von dem Ziel, „JeKi“ auf ganz NRW auszuweiten, verabschiedet. Bei der Gelegenheit frage ich die Ministerin heute zum wiederholten Male, wann wir eigentlich die Evaluierung dieses Projektes vorgelegt bekommen. Seit Monaten wird das Parlament immer wieder auf später vertröstet. Es wird endlich Zeit, dass einmal etwas auf den Tisch gelegt wird.

Herr Bialas sprach gerade davon, dass 3 Millionen € für den Kulturrucksack etatisiert wurden. Das ist wieder einmal eine Maßnahme ohne Konzept. Es ist eine Worthülse aus dem Wahlprogramm. Gestern haben wir gehört, dass es für die Medienerziehung 250 Millionen € geben soll. Auch dies ist ohne Konzept, steht aber auch im Wahlprogramm.

Ich habe den Eindruck, dass man Konzeptlosigkeit umsetzen will, aber trotzdem Geld etatisiert.

(Beifall von der LINKEN)

Beim Kulturrucksack, dessen Grundidee sich gut anhört, bin ich nicht der Einzige in diesem Hause, der endlich erfahren will, was eigentlich in ihm stecken soll.

Die Landesregierung muss Butter bei die Fische tun und klare Aussagen dazu machen, wie sie sich die Sicherung der Kultur in den nächsten Jahren im Lande vorstellt. Der Bereich Kultur ist für alle in NRW lebenden Menschen viel zu wichtig, als dass

man ihn einfach mit einem Weiter-So vor die Wand fahren darf.

Im Übrigen ist es so: Die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierenden Verfolgungen waren falsch, die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch und die derzeitige politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung Der Linken ist ebenso falsch. – Ich danke für Ihre Geduld.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Michalowsky. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! – Frau Brunert-Jetter, es gibt ein Gebäude in Duisburg, an dem gerade gebaut wird. Es war einmal mit 30 bis 40 Millionen € Kosten geplant. Das kostet demnächst, wenn es fertig ist, 130 bis 150 Millionen €. Wir wissen es noch nicht ganz genau. Es handelt sich um das Landesarchiv, das die schwarz-gelbe Landesregierung auf den Weg gebracht hat. Weil der Vorgänger-Staatssekretär mit der architektonischen Ausgestaltung nicht zufrieden war, gab es grundlegend neue Entwürfe, die zu dieser Verteuerung geführt haben. Diese Differenz von über 100 Millionen € durch die verteuernenden Entscheidungen der schwarz-gelben Landesregierung hätte ich gerne für die Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann wären wir nämlich aus dem Größten raus.

Ich finde es sehr einfach, hier zu sagen, Sie hätten das alles toll gemacht. Na klar, Sie haben den Kulturetat verdoppelt, aber Sie haben uns auch ganz schöne Eier ins Nest gelegt, wie man so schön sagt, zumal wir bald Ostern haben.

Über alle Fraktionen hinweg herrscht aber wohl Konsens, dass Kunst und Kultur unserer Gesellschaft enorme Impulse geben. Deswegen wollen wir die Kulturförderung auch in allen Sparten erhalten. Dort, wo es uns unter den gegenwärtigen Umständen und bei dem, was wir vorgefunden haben, möglich ist, möchten wir sie auch gerne ausbauen.

Der Haushaltsentwurf 2011 löst das auch ein. Der Kulturetat hat einen Umfang von 181 Millionen €. Wenn man die drei Ausgabenblöcke, die einmalig waren, nämlich der Umbau der Kunstsammlung, die Kulturhauptstadt 2010 und die Nachzahlung bei den Bibliothekstantiemen, berücksichtigt, dann steigen 2011 die Mittel für die Kulturförderung um insgesamt 13 Millionen €. Das sind fast 7 %. Angesichts

der gegenwärtigen Haushaltslage finde ich das durchaus beachtlich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Diesen Aufwuchs möchten wir gerne vor allen Dingen in die kulturelle Bildung stecken, weil diese kulturelle Bildung für uns Lebensbildung ist und damit eine ganz besondere Bedeutung hat. Wir alle wissen auch genau, dass die positiven Impulse, die bei Kindern gesetzt werden, langfristige Wirkungen haben. Deshalb wollen wir möglichst viele, möglichst alle Kinder beim Zugang zu Kunst und Kultur mitnehmen.

Wir machen deshalb diese kulturelle Bildung zu einem Schwerpunkt in unserer Koalitionsvereinbarung und unserer Landespolitik. Dafür haben wir in diesem Jahr 6 Millionen € zusätzlich eingeplant, wir haben das Programm „Kultur und Schule“ um 1 Million € aufgestockt und wir haben zusätzlich 2 Millionen € in das Projekt JeKi investiert, weil wir es konsolidieren müssen.

Und wir werden weitere 3 Millionen € in die Umsetzung des Kulturrucksacks stecken, der vor allem die Altersgruppe der Zehn- bis Vierzehnjährigen erreichen soll. Wir sind zurzeit in Verhandlungen mit den Kommunen, wie wir hier Wege zur Kultur öffnen, aber auch die Beschäftigung mit Kunst weiter intensivieren können. Und wir werden Ihnen dieses Projekt natürlich noch in diesem Jahr vorstellen, aber da die Abstimmung mit den Kommunen nicht so einfach ist, dauert es noch seine Zeit.

So ergibt sich für uns jedenfalls ein schlüssiges Gesamtkonzept der kulturellen Bildung für Nordrhein-Westfalen, das Kinder und Jugendliche aller Altersstufen fördert; und wir können mit Fug und Recht sagen: Wir kommen dem Schritt, Nordrhein-Westfalen zu einem Kinder- und Jugendkulturland zu entwickeln, ein kleines Stückchen näher.

Ich möchte aber auch noch etwas zu JeKi ausführen. – Wir haben dieses Projekt mit einer schweren Hypothek übernommen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, haben eben nicht für die auskömmliche Finanzierung ab dem Zeitpunkt vorgesorgt, ab dem sich die Kulturstiftung des Bundes zurückzieht, was ja jedermann vorher wusste. Sie haben versprochen und versprochen, aber keinerlei Sicherung vorgenommen. Sie haben sogar mit einer Luftbuchung gearbeitet und angekündigt: Wir bekommen 12 Millionen € Spenden, damit wir Stipendien und Instrumente finanzieren können. – Ja, wo sind wir bis jetzt angekommen? Bei 1 Million €; da ist natürlich ein Riesenloch in der Kasse, was wir mühsam stopfen. Aber wir geben uns allergrößte Mühe, dieses Projekt zu stabilisieren, weil wir es in einer wirklich schlechten Verfassung vorgefunden haben.

Wir wollen – das ist ein weiterer, ganz wichtiger Bereich – natürlich auch dafür Sorge tragen, dass wir unsere kommunalen Theater und Orchester weiter

unterstützen können. Aber meine Vorredner haben es gesagt: Es ist keine Krise der Kultur, es ist eine Krise der Kommunalfinanzen. Trotzdem ist es uns gelungen, in einem Theaterpakt 4,5 Millionen € zur Verfügung zu stellen. Das haben wir gemeinsam mit den Oberbürgermeistern und den Intendanten verabredet.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal eindringlich darum bitten, dass wir uns die Situation der Landesorchester anschauen. Ich habe die große Sorge, dass sich Gebietskörperschaften aufgrund der Kommunalfinanzen aus der anteiligen Finanzierung zurückziehen. Und auch hier kann ich nur den Appell ins ganze Land hinaus senden: Bleiben Sie dabei, halten Sie Ihre Finanzierung aufrecht, so, wie es das Land auch tut – wir bauen sogar noch etwas aus. Wir können es uns nicht erlauben, auch nur ein Orchester oder ein Theater zu verlieren. Insofern versuchen wir, hier alle Anstrengungen zu unternehmen. Das will ich auch noch mal für die Landesregierung deutlich machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Außerdem – das sei als letzter Punkt angemerkt – wollen wir die Nachhaltigkeit der Kulturhauptstadt Ruhr sichern. Wir haben 2,4 Millionen € dafür zur Verfügung gestellt. Und auch für die wunderbare Begegnung, die Kultursaison mit Polen, sind 1,3 Millionen € für dieses Jahr vorgesehen.

Ich möchte damit betonen, dass Kunst und Kultur ihren Platz im Zentrum der Politik der Landesregierung haben. Wir schaffen Rahmenbedingungen, die kraftvolle kulturpolitische Akzente ermöglichen und den Stellenwert von Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen unterstreichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin. – Da die Landesregierung ihre Redezeit um eineinhalb Minuten überzogen hat, ist es natürlich möglich, dass die Fraktionen noch einmal das Wort ergreifen. Möchte das jemand tun? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Bevor der erste Redner zum nächsten Teilbereich das Wort ergreift, möchte ich „Kolleginnen“ und „Kollegen“ von uns hier im Parlament begrüßen: Wir begrüßen das Kinderparlament aus Hilden – das sind die jungen Damen und Herren, die dort oben mit ihren Mützen sitzen.

(Allgemeiner Beifall – Das Kinderparlament erwidert lebhaft die Begrüßung.)

Liebe Jungen und Mädchen, ich möchte euch nicht nur begrüßen, sondern auch sagen, dass ihr ein einmaliges Privileg genießt: Ihr seid die Einzigen hier – unten im Saal und oben auf den Rängen und auch ansonsten im Haus –, die eine Kappe tragen dürfen. Also seid euch dieses Privilegs bewusst!

Ich begrüße auch das Jugendparlament aus Sundern, das wir ebenfalls im Haus haben.

(Allgemeiner Beifall – Das Jugendparlament erwidert die Begrüßung.)

Insofern ermahne ich jetzt die Kolleginnen und Kollegen, die in der folgenden Debatte sprechen werden, das so zu tun, dass auch tatsächlich alle Jungparlamentarierinnen und Jungparlamentarier der Debatte folgen können. Ich danke Ihnen.

Wir kommen nunmehr zum

Teilbereich Sport

Die Debatte wird von der Fraktion der CDU eröffnet. Es spricht Herr Müller.

Holger Müller (CDU): Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Schäfer!

(Britta Altenkamp [SPD]: Eine nette Begrüßung!)

Für einen kurzen Moment bin selbst ich auf Ihre penetrante Propaganda, verbunden mit einer geschickten Inszenierung, hereingefallen.

Dann habe ich mir gedacht: Wer so dick aufträgt, der muss doch irgendwo etwas verschleiern, woraufhin ich mir den Haushaltsplan vorgenommen habe – das sind Ihre Zahlen, nicht meine.

Ich komme mal zum Landessportplan. Das Volumen des Landessportplans beträgt ca. 155 Millionen €. Von 2010 bis 2011 haben wir eine Steigerung von 422.000 € zu verzeichnen; das sind mit 0,25 % wahrscheinlich noch nicht einmal die Personalkostensteigerungen.

Bei Schwarz-Gelb hatten wir hier von 2005 bis 2010 eine Steigerung von 124 Millionen € auf 155 Millionen €.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schuldenfinanziert!)

Das waren pro Jahr rund 5 %, also zwanzigmal so viel. Im Landessportplan herrscht totaler Stillstand.

Nun komme ich zum Landesportbund. Sie haben den „Pakt für den Sport“ unterschrieben. Was darin steht, ist weitestgehend in Ordnung. Dann kündigen Sie großspurig 3 Millionen € zusätzlich für den Landesportbund an. Das soll wirklich Ihr Verdienst sein? Sie wissen genau: Der größte Teil kommt aus den gestiegenen Konzessionsabgaben. Sie sind sozusagen Profiteure der Jagd auf den Jackpot.

(Beifall von der CDU)

Davon haben Sie profitiert. Der Rest kommt aus Haushaltsumschichtungen. Die Erhöhung gilt laut Ihrer eigenen Aussage erst einmal für das Jahr 2011. Frau Schäfer teilte in ihrer Pressekonferenz

am 22. Februar 2011 mit, der Sport brauche verlässliche Rahmenbedingungen. Jawohl, ich frage mich aber, wo die sind. Sie klären jetzt das Jahr 2011. In der letzten Legislaturperiode haben Sie uns übrigens ständig vorgeworfen, die Langfristigkeit der Planungssicherheit fehle. Bei Ihnen kann ich sie jetzt auch nicht erkennen.

Dass der Landessportbund mehr Geld erhält, halten wir von der CDU für durchaus richtig.

(Zuruf von der SPD: Könntet ihr auch machen!)

– Der Landesportbund hat auch bei uns Zahlungen bekommen.

(Zuruf von der SPD: 3 Millionen € weniger!)

– Das ist doch nicht wahr. Reden Sie doch nicht von Dingen, die Sie nicht genau wissen.

Wir hatten im letzten Jahr zum Beispiel 1,6 Millionen € weniger an Konzessionsabgaben. Das kann man übrigens alles nachlesen. Wenn man es nicht weiß, kann man mich auch fragen. Das ist kein Problem.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Ich komme kurz zu einigen Einzelmaßnahmen. Wir sind von Rot-Grün beschimpft worden, wir würden die Übungsleiterpauschale nicht erhöhen. Ich habe nun voller Freude und Erwartung in den Haushaltsplan geschaut. Was stelle ich fest? Es gibt keinen müden Euro mehr.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Das war seinerzeit reine Oppositionspropaganda.

(Beifall von der CDU)

Dann komme ich zu „1.000 x 1.000“. Darüber haben wir schon einmal gesprochen. CDU und FDP haben ein Programm „1.000 x 1.000“ beantragt. Rot-Grün hat das abgelehnt. Es war klar, dass Sie keine Argumente hatten. Der Antrag war zwar richtig, aber vom falschen Antragsteller. So war das eben. Auf einmal ist „1.000 x 1.000“ wieder da, jetzt aber für den Ganzttag. Das mit dem Ganzttag ist gut. Ich frage mich aber, wo die Maßnahmen von „1.000 x 1.000“ in Sachen Integration und Gesundheit geblieben sind.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nur die falsche Regierung!)

– Nein, wo sind sie geblieben? Ich halte das für einen schweren Nachteil. Die Vereine halten gerade diese Maßnahmen für wichtig.

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Wo ist denn Ihr Erhöhungsantrag?)

Jetzt komme ich zu den Sportschulen. Die fünf Sportschulen haben Sie bis zur Wahl bekämpft. Wenn man diesen wunderschönen Koalitionsvertrag liest, soll es jetzt 18 Sportschulen geben. Ich bin

begeistert. Das ist wirklich eine tolle Sache. Ich frage mich nur, wann, wie und wo. Bis jetzt hat man uns im Sportausschuss noch kein einziges Konzept vorgelegt.

Mit „Überwinde Deinen inneren Schweinehund“, „schwer mobil“, „Mädchen mittendrin“, „QuietschFidel – Ab jetzt für immer: Schwimmer!“ sowie „Momentum“ führen Sie fort, was wir eingeführt haben. Zumindest das ist in Ordnung und beweist, diese Maßnahmen waren gut. Das muss man sagen.

Ich komme zum Fazit: Dieser Sporthaushalt ist ein Dokument des Stillstands. Er enthält große Worte und viele Ankündigungen.

Frau Ministerin, Sie haben in einem anderen Zusammenhang gesagt, die CDU sei nicht vom Fleck gekommen. Was den Sporthaushalt anbetrifft, gebe ich das gerne zurück. Sie sind auch nicht vom Fleck gekommen. Bei uns war NRW immer das Sportland Nummer eins in Deutschland. Ich hoffe doch sehr, dass selbst Rot-Grün nicht in der Lage sein wird, das zu ändern. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller. Wenn Sie am Anfang noch die amtierende Präsidentin begrüßt hätten, wäre alles in Ordnung. – Ich gebe das Wort jetzt an Herrn Abgeordneten Roth von der SPD weiter.

Wolfgang Roth (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freundinnen und Freunde des Sports! Wenn wir heute in der zweiten Lesung den Sporthaushalt debattieren, verbindet sich damit für uns eine gute Botschaft für die sporttreibenden Menschen im Land. Damit verbindet sich auch eine gute Botschaft für die vielen Sportfunktionäre in den Sportvereinen, den Sportfachverbänden, den Stadt- und Kreissportbünden, den Stadt- und Gemeindesportverbänden und letztlich den Landessportbund.

In diesem Haushalt materialisiert sich, was die Landesregierung im „Pakt für den Sport“ mit den Vertretern der Sportorganisationen in kürzester Zeit – darauf lege ich großen Wert – erarbeitet und bei der Mitgliederversammlung des Landessportbundes unterzeichnet hat. Wer dabei war, hat mitbekommen, dass das bei den Sportfunktionären auf große Zustimmung gestoßen ist. Wer in der Community unterwegs ist, erfährt auch laufend große Zustimmung von den Menschen, die draußen Sport treiben und für Sport verantwortlich sind.

Der Sporthaushalt fügt sich lückenlos in den Präventionsansatz unserer Gesamtpolitik ein. Frau Ministerin Schäfer hat das schon mehrmals angesprochen. Auch wir möchten vorbeugen statt reparieren. Wir wollen auch im Sport kein Kind zurücklassen.

Wir wollen früh fördern. Deswegen legen wir in diesem „Pakt für den Sport“ Wert auf ganz bestimmte Aspekte. Ich will nur einige exemplarisch herausgreifen, weil fünf Minuten schnell um sind.

Wir wollen die Anzahl der anerkannten Bewegungskindergärten von heute ca. 430 auf mindestens 1.000 im Jahr 2015 erhöhen. Wir werden auch die Sportangebote zur gesunden Lebensführung für Kinder und Jugendliche fortsetzen und ausweiten. Dazu gehört zum Beispiel „schwer mobil – Bewegung, Spiel + Sport für übergewichtige Kinder“ und „Kinder mit mangelnden Bewegungserfahrungen“. Wir werden selbstverständlich auch „QuietschFidel“ weiterführen, Herr Müller. „QuietschFidel“ ist ein gutes Programm. Wir werden es sogar ausweiten.

Dazu gehört natürlich auch die Gestaltung des Ganztags. Wir wollen den Sportvereinen dabei helfen, sich dort noch stärker einzubringen. Sport- und Spielangebote im Nachmittagsbereich sind ein wichtiger Bestandteil. Es gilt, Qualität und Quantität noch auszuweiten. Dazu brauchen die Vereine und Akteure vor Ort unsere Hilfe, die sie auch bekommen sollen.

Dies geht natürlich alles nur, wenn wir die kommunalen Strukturen stärken. Auch hier bindet sich die Sportpolitik in unseren gesamten Politikansatz ein, der eine starke kommunale Orientierung hat. Wir wollen die Kommunen, die Stadt- und Kreissportbünde, die Gemeindesportverbände dabei unterstützen, ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern. Alles, was wir im Detail machen wollen, muss organisiert werden. Dabei brauchen unsere Organisationen vor Ort noch Hilfestellung, die wir ihnen gerne geben wollen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung und Sportselbstverwaltung muss verbessert werden. Es müssen ein intersektoraler Ansatz und intersektorale Zusammenarbeit sichergestellt werden.

Herr Müller hat es angesprochen: Wir unterlegen das mit mehr als 3 Millionen € zusätzlich für den Landessportbund. Dazu kommen noch so kleine Sachen wie die Wiederherstellung des alten Ansatzes des Bildungswerkes des Landessportbundes mit 1.134.000 €. Das aber haben die Kollegen im Weiterbildungsbereich zu verantworten. Das Erste Weiterbildungsgesetz haben wir geradegezogen. Auch dort kommt es zu einer Verbesserung für die Sportorganisationen. Insbesondere kommt das wieder den kommunalen Strukturen zugute. Sie wissen ja, dass das Bildungswerk des Landessportbundes mit seinen Außenstellen dezentral organisiert ist.

Jetzt habe ich noch eine Minute, Herr Müller.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Löttgen zulassen?

Wolfgang Roth (SPD): Gerne.

Bodo Löttgen (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege Roth, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben eben gesagt, die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Sport müsse verbessert werden. Sie haben gestern einen Antrag der CDU-Fraktion auf Zins- und Tilgungshilfe gerade für notleidende Kommunen abgelehnt. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Halten Sie es für richtig, dass Nothaushaltskommunen über die Bezirksregierungen als obere Kommunalaufsicht gezwungen werden, Sportvereinen Sportstättennutzungsgebühren abzuverlangen? Ist das mit dem präventiven Gedanken vereinbar?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Roth.

Wolfgang Roth (SPD): Herr Löttgen, ich bin nicht darüber informiert, ob das im Detail stimmt, was Sie mich gefragt haben. Ich kann Ihnen nur sagen, dass unser kommunal orientierter Ansatz sicherstellt, dass das Geld aus dem Sporthaushalt, das wir an den Landessportbund abgeben, in die Stärkung der dezentralen Strukturen, in die Strukturen der Stadt- und Gemeindefortsportverbände und der Vereine geht. Damit können und werden wir sehr viel helfen. Deswegen bin ich mir ganz sicher. Das werden wir hier politisch im Sportausschuss begleiten. Darauf können Sie sich verlassen.

Zu der Fliegenbeinzählerei von Herrn Müller, bei der er Zahlen hintereinander geschrieben hat, möchte ich nichts sagen. Nur eins, Herr Müller: Sie haben die Übungsleiterpauschale im Jahr 2005 – darauf haben Sie zu Recht hingewiesen – um 1 Millionen € gekürzt. Als wir zwischen 2000 und 2005, als wir hier maßgeblich Sportpolitik verantwortlich betrieben haben, auch Kürzungen vorgenommen haben, haben Sie uns draußen im Lande mit den Ohren an die Wand genagelt.

Jetzt haben Sie direkt im ersten Jahr den Sportvereinen 1 Millionen € weggenommen und am Ende der Legislaturperiode – jetzt komme ich zu Ihrem Programm „1.000 x 1.000“ –, kurz vor der Wahl, wieder draufgelegt nach dem Motto: Viel hilft viel!

(Holger Müller [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

1.000 Sportvereine sind viele Stimmen. Das war eine ziemlich schlechte Nummer.

Lassen Sie mich die zwei Worte noch sagen, dann lasse ich gerne noch Ihre Zwischenfrage zu. – Ich bin froh, dass wir das im Sportausschuss so vernünftig hinbekommen haben. Es gab keine Anträge. Ich gehe davon aus, dass diesem Sporthaushalt alle Parteien weitgehend zustimmen.

Ich bin froh, dass das wenig kontrovers gelaufen ist. Das ist ein guter Haushalt für den Sport und die

Sportvereine, meine Damen und Herren. Stimmen Sie dem Haushalt zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Jetzt gerne noch ihre Frage!

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Müller. Sie haben sich inzwischen eingedrückt.

Holger Müller (CDU): Herr Roth, ist Ihnen bekannt, dass die Übungsleiterpauschale bis 2005 von Rot-Grün von ursprünglich 11,7 Millionen € auf 7,5 Millionen € gesenkt wurde und erst danach von Schwarz-Gelb auf 6 Millionen €?

(Karl Schultheis [SPD]: Super Frage!)

Das ist ein ganz anderer Betrag. Das waren einmal 23 Millionen D-Mark.

Ist Ihnen bekannt, dass die Kürzung der Übungsleiterpauschale im Jahre 2006 erfolgte und das „1.000 x 1.000“-Programm erst im Jahr 2009 war? Denken Sie, dass man zwischen diesen beiden Zahlen wirklich einen Zusammenhang herstellen kann?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Roth, bitte schön.

Wolfgang Roth (SPD): Zweifellos stimmt das. Sie wissen aber auch – das gehört ebenfalls zur Wahrheit dazu –, dass wir von 2000 bis 2005 vollkommen andere wirtschaftliche Verhältnisse hatten und unter extremen Sparzwängen gelitten haben. Das hat auch dazu geführt, dass der Sporthaushalt in Anspruch genommen wurde.

Bei dem Zusammenhang, den ich hergestellt habe, bleibe ich. Sie haben den Sportvereinen im Jahr 2006, also direkt zu Beginn ihrer Regierung, 1 Millionen € abgeknöpft und 2009, ein Jahr vor der Landtagswahl, großzügig in einem „1.000 x 1.000“-Programm das wieder ausgeschüttet und gesagt, das seien die Wohltaten, die Sie an die Sportvereine verbreiten, wohl wissend, dass wir 20.000 Sportvereine haben und mit „1.000 x 1.000“ nur 1.000 glücklich gemacht werden konnten.

Ich bin Ihnen noch die Antwort auf eine andere Frage schuldig, die Sie in Ihrem Beitrag gestellt haben. Das will ich auch gleich noch sagen, damit wir komplett sind.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Aber die Redezeit ist zu Ende. Die Frage war gestellt worden. Genügend Zeit zum Antworten ist gewesen.

Wolfgang Roth (SPD): Herr Präsident, wenn Sie das so sehen, antworte ich an anderer Stelle und bedanke mich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Roth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Abgeordnete Paul das Wort.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bislang schien mir die Debatte eher von dem einen oder anderen Scheingefecht geprägt zu sein. Das sind solche „Aufreger“, die hier bislang von der CDU angeführt worden sind. Wenn Sie da ernsthaft etwas zu verändern hätten, ernsthaft einen gestalterischen Anspruch über das hinaus hätten, was wir vorgelegt haben, dann hätten wir das auch im Ausschuss diskutieren können. Das ist bislang nicht passiert.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Dementsprechend würde ich Ihnen an dieser Stelle ein Stück weit unterstellen wollen: Zu jeder Debatte gehört auch ein bisschen Zwist, und den haben Sie jetzt hier mal konstruiert.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Meine Damen und Herren, der organisierte Sport ist mit seinen 5 Millionen Mitgliedern und 20.000 Vereinen nun wortwörtlich die größte Bürgerinnen- und Bürgerbewegung im Land. Das allein verdeutlicht schon die Bedeutung, die dem Sport in unserer Gesellschaft zukommt. Darüber hinaus verbinden sich mit dem Sport und der Bewegung zentrale gesellschaftliche Aufgaben. So soll der Sport allen zugänglich sein. Es ist ja auch im Sinne unserer Politik, alle einzubeziehen, alle mitzunehmen – ein ganz wichtiger Bereich –, und der Sport soll alle bewegen, von den ganz Kleinen bis hin zu den Alten, von den Dicken zu den Dünnen und natürlich auch die Menschen mit und ohne Behinderung.

Besonders den Bewegungsdefiziten bei Kindern und Jugendlichen müssen wir konsequent begegnen. Aber auch gesellschaftliche Gruppen wie bildungsferne, sozial benachteiligte oder Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir verstärkt für den Sport gewinnen. Denn nicht zuletzt die Politik wird nicht müde zu betonen, welche wichtige Rolle der Sport bei der Gesunderhaltung und der Prävention einnimmt, oder die besonderen integrativen Fähigkeiten des Sports herauszustellen. Herr Müller hat das gerade auch noch einmal getan.

Darüber hinaus ist aus meiner Sicht der Sport als wichtiger Bezugspunkt und als Angelpunkt im Stadtteil eine ganz zentrale Wiege bürgerschaftlichen Engagements. Klar ist aber auch – dann kommen wir mal zum Haushaltsteil –, dass der Sport dafür

die notwendigen Rahmenbedingungen und eine auskömmliche finanzielle Ausstattung braucht. Da sind wir uns sicher alle einig. Rot-Grün weiß um diese wichtige gesellschaftliche Rolle, die der Sport einnimmt, und nimmt seine politische Verantwortung in dem Bereich auch sehr ernst.

Jetzt kommt ich zu dem, wo ich denke, da müssten Sie uns eigentlich zustimmen können, anstatt anschließend rumzumäkeln, an dieser Stelle wäre es ein bisschen wenig oder an jener Stelle wäre es vielleicht noch ausbaufähig. Dieser Haushalt verknüpft aus unserer Sicht die finanziellen Herausforderungen einer Decke, die an allen Enden knapp ist: mit der Absicherung der Finanzierung des LSB im „Pakt für den Sport“ auf der einen Seite und der Fortführung erfolgreicher Projekte durch eine sinnvolle Schwerpunktsetzung auf der anderen Seite. Ich habe gerade aus Ihren Reihen gehört: Das ist nichts Neues, welche Programme Sie hier fortführen. Natürlich! Aber wenn vorher jemand etwas richtig und etwas gut gemacht hat, dann kann man es sicherlich fortführen, auch wenn es von Ihnen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Im Klartext heißt das: Rot-Grün zeigt, dass es möglich ist, auch ohne große Erhöhungen im Sportetat ein verlässlicher Partner des Sports zu sein und NRW weiterhin als bewegungsfreundliches Sportland fortzuentwickeln. Mit dem „Pakt für den Sport“ erhält der LSB zusätzlich 3 Millionen €. Rot-Grün löst damit den bereits im Koalitionsvertrag versprochenen Einstieg in die verlässliche, gesicherte Finanzierung des LSB ein. Wie Sie alle wissen, sind wir an diesem Punkt noch nicht ganz angekommen. Aber das hängt auch mit den vorhin schon angesprochenen Konzessionsabgaben und den noch zu erledigenden Aufgaben im Bereich des Glücksspielstaatsvertrags zusammen.

Meine Damen und Herren, besondere Chancen und Herausforderungen für den Sport bietet der Ganztag. Das ist von Herrn Müller auch schon angesprochen worden. Ich habe es gerade gesagt: Wir machen eine bestimmte Schwerpunktsetzung. Den Antrag für Ihr Programm „1.000 x 1.000“, das Sie immer wie eine Monstranz vor sich hertragen, haben wir nicht abgelehnt, weil wir das Programm für blöd halten oder eine Projektförderung für verkehrt halten, sondern weil wir gesagt haben: Man kann nicht mit der Gießkanne durch die Landschaft gehen, sondern man muss Schwerpunkte setzen.

Wir sagen: Diese Schwerpunkte setzen wir jetzt mit diesem Landesprogramm „Sport im Ganztag“ in diesem wichtigen Bereich Ganztag, der übrigens solche Dinge wie Integration, die Sie gerade als Beispiel angebracht haben, abdeckt – aus meiner Sicht ein sinnvolles neues Umschichten dieses Titels an der Stelle, wo ich denke, den könnten Sie eigentlich auch sehr gut mittragen.

Ein Sportland wie NRW muss selbstverständlich auch konsequent für den Leistungssport eintreten, eine Leistungssportförderung weiterentwickeln. In wenigen Wochen wird die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011 NRW wieder zu einer großen Fanmeile verwandeln. Es ist auch kein Zufall, dass nordrhein-westfälische Athletinnen und Athleten regelmäßig hoch dekoriert von nationalen und internationalen Wettkämpfen nach Hause kommen. Kollege Roth hat schon gesagt, wie wir diesen Teil weiterentwickeln wollen, wie wir eine Leistungssportförderung weiterentwickeln wollen, sodass wir auch in Zukunft das Sportland Nummer eins in Deutschland sind. Damit werden sicher auch Sie sehr zufrieden sein können.

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Der Sport ist ein sehr vielschichtiger Bereich. Das zeigt sich nicht nur daran, ob Schalke oder Dortmund oder FCR Duisburg oder Turbine Potsdam oder welche Sportvereine einem noch einfallen, sondern es zeigt sich auch daran, welche unterschiedlichen Bereiche hier abgedeckt werden und wie die Landesregierung diesen Herausforderungen begegnet.

Meine verehrten Damen und Herren, ich würde mich natürlich sehr freuen – da kann ich mich dem Kollegen Roth nur anschließen –, wenn Sie sich ganz sportlich zu einer Zustimmung zu diesem Haushalt bewegen lassen würden. Denn ich denke, hier sind die richtigen Bahnen gezogen und die Schwerpunkte vernünftig abgekreidet. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Paul. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Sport gibt es die große Familie des Sports. Deswegen ist es natürlich nicht verwunderlich, Frau Paul, dass sich die Auseinandersetzungen nicht so tief ideologisch darstellen wie in anderen Politikfeldern.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Es ist völlig klar, dass wir es auch begrüßen, an vielen Stellen Kontinuität zu finden zu dem, was vorher gemacht worden ist. Aber sie müssen uns natürlich auch zubilligen, dass wir dort den Finger in die Wunde legen, wo möglicherweise vorher anderes gesagt worden ist, als jetzt getan wird.

Das Thema „Landessportbund“ ist zum Beispiel über viele Jahre von Ihnen gegen die damalige Landesregierung gefahren worden mit dem Hinweis, es müsse jetzt endlich auf die Legislaturperiode hin die Planungssicherheit festgelegt werden. Die ist immer noch nicht da. Herr Roth hat das übrigens in der letzten Ausschusssitzung selbst beklagt.

Natürlich muss dazu die Opposition auch Stellung nehmen können. Ich sage Ihnen: Das, was der jetzige Staatsvertrag in Sachen Glücksspiel anstrebt, wird am Ende keine Lösung sein. Ich prophezeie Ihnen, dass das, was sich jetzt hier abzeichnet, dass ein Bundesland einen anderen Weg geht, hinterher vielleicht zu einem völlig neuen Modell führen wird. So jedenfalls meine Prognose.

Zum Thema „1.000 x 1.000“. Es ist doch gar keine Frage, dass jeder Sportpolitiker das Herz ganz weit offen hat, wenn es darum geht, Sport und Schule besser miteinander zu vernetzen, gerade im Ganztags. Aber warum kann das, bitte schön, nicht genauso wie die Sportlehrer in den Sportschulen aus dem Schuletat finanziert werden?

Unser „1.000 x 1.000“-Programm hatte einen völlig anderen Ansatz, übrigens 2008 außerhalb von Wahlkampfzeiten initiiert. Wir wollten Vereine in einen Wettbewerb um Projekte zu Gesundheit und Integration bringen, was sehr gut geklappt hat. Entgegen landläufiger Vorstellungen sind kleine, große und mittlere Vereine erfolgreich gewesen. Dass es ein Unterstützungsprogramm nur für einen Bereich gewesen sei, wie Sie es behaupten, ist mitnichten der Fall.

Kritisch sehen wir auch die Absenkung der Mittel für den Neu- und Ausbau von überregional bedeutsamen Sportstätten um 1,9 Millionen €. Gerade hat Frau Paul noch gesagt, solche Leistungsträger haben zu wollen. Natürlich braucht es dafür entsprechende Sportstätten, wo internationale Wettbewerbe stattfinden können, wo man sich vorbereiten und mit anderen messen kann. Ich hätte mir gewünscht, dass die Mittel auf dem bisherigen Niveau bleiben.

Letzter Punkt: Gerade das Thema Sportschulen hat uns immer sehr am Herzen gelegen. Laut Koalitionsaussage respektive Regierungserklärung ist das auch heute bei Ihnen der Fall. In diesem Jahr hätten wir, meine ich, schon eine oder noch eine weitere Sportschule an den Start gehen lassen können. Es gibt ein wettbewerblich eingespieltes Verfahren. Ich sehe gar keinen Grund, warum das nicht passiert. Bisher haben wir nichts gehört. Das heißt, der Schuljahresbeginn 2011/2012 steht vor der Tür, und in diesem Punkt ist leider keine Kontinuität gegeben. Das vermischen wir.

Diese Kritikpunkte muss man äußern dürfen; wir sind dafür da, den Finger in die Wunde zu legen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Wolf. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn in allen Bereichen der

Politik immer so große Einigkeit bestehen würde wie im Bereich des Sports, wäre es in diesem Hause ziemlich langweilig. Alle Fraktionen im Landtag NRW wissen den Sport und seinen hohen gesellschaftlichen Stellenwert zu schätzen. Es gibt dennoch zwei Punkte, die ich zu bedenken geben möchte:

Es gibt zwei Bereiche, an denen man keine Kritik üben darf, ohne auf Protest zu stoßen: die Kirche und der Fußball. Ich frage mich allerdings, ob der Anteil des Landes und der Stadt Dortmund am entstehenden DFB-Museum tatsächlich so hoch sein muss. Das ist keine Kritik am Museum als solches. Fußball ist nach wie vor der beliebteste Sport in Deutschland, und auch seine interkulturelle Bedeutung ist unbestritten. Auch die geschichtliche Entwicklung dieses Sports ist hochinteressant und durchaus ein eigenes Museum wert. Das hat auch schon die Ausstellung „Der Ball ist rund“ im Gasometer Oberhausen im Jahr 2000 anlässlich des 100. Geburtstags des DFB gezeigt.

Aber, meine Damen und Herren, NRW und die Stadt Dortmund sind hoch verschuldet. Der DFB hingegen ist der mitgliederstärkste und reichste Sportverband der Welt. Er zieht sich dennoch regelmäßig bei der Frage der Finanzierung der Polizeieinsätze an Spieltagen aus der Verantwortung und sollte nicht auch noch bei der Finanzierung des eigenen Museums die Verschuldung des Landes in die Höhe treiben.

Ein weiteres Problem sind einmal mehr die unterfinanzierten Kommunen. Das schlägt in allen Bereichen, so auch im Sport, immer wieder durch. Die Schließung von Sportstätten in Kommunen, die sich im Nothaushalt befinden, muss gestoppt werden. Es kann nicht angehen, dass alle Fraktionen einmütig die Wichtigkeit des Sports in Fragen der Gesundheit, der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sowie der integrativen Ansätze im Bereich des interkulturellen Dialogs betonen, gleichzeitig aber zulassen, dass immer mehr Sportstätten in Kommunen geschlossen werden.

(Beifall von der LINKEN – Manfred Palmen [CDU]: Nennen Sie mal ein Beispiel)

– Im Ruhrgebiet in vielen Städten. Ich gebe sie Ihnen. Sie bekommen heute noch eine Mail.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Den Ball flach halten!)

Der Landessportbund ist ein kompetenter Ansprechpartner, wie dieses Problem angegangen werden kann, ebenso der RVR, der mit seinem Masterplan Sport und Bäder in der Metropole Ruhr ebenfalls wichtige Erkenntnisse auf den Tisch legt. Jetzt kommt es darauf an, vernünftige Sportentwicklungskonzepte nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern in Absprache mit diesen Fachleuten auch umzusetzen.

Im Übrigen ist es so: Die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierenden Verfolgungen waren falsch. Die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch, und die derzeitige politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung der Linken ist ebenso falsch. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Michalowsky. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

(Norbert Post [CDU]: Er soll mir mal erzählen, was das mit Sport zu tun hat!)

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Allgemeinen sagt man: Der Sport steht für Gesundheit, für Lebensfreude, für Disziplin, für Selbstvertrauen, für Mannschaftsgeist und für Integration. Daran sollten wir Sportpolitikerinnen und -politiker im Landtag ständig weiterarbeiten. Das ist nach der Debatte gerade eine zentrale Herausforderung an uns alle. Aber wie kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich steht er mit seinen Hunderttausenden von bürgerschaftlich Engagierten für das Ehrenamt. Da ist es auch mal notwendig, von hier aus ins Land hinaus den Ehrenamtlichen im Sport Danke zu sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für uns ist Sport auch eine Schule des Lebens. Denn ohne den Sport, der seit jeher zur Stärkung der Persönlichkeit gerade bei jungen Menschen beiträgt, ist ein gelungenes und rundes Konzept von Lebensbildung nicht denkbar. Auch hier gilt wie in anderen Politikbereichen: Wir wollen niemanden zurücklassen, nur weil eventuell die finanziellen Möglichkeiten nicht reichen. Vor allem wollen wir im Breitensport erreichen, Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten und aus allen Kulturen gemeinsam zu bewegen.

Es war der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen daher sehr wichtig – und das ist uns auch gelungen –, die Sportförderung des Landes auf einem hohen Niveau abzusichern. Eine besondere Leistung ist uns mit dem Einstieg in den Pakt für den Sport gelungen. Dem Landessportbund kann die Landesregierung 2011 zusätzliche Mittel von mehr als 3 Millionen € garantieren. Das ist ein Mittelaufwuchs, der insbesondere den Bünden und den Verbänden und damit dem Breitensport zugutekommt.

Herr Dr. Wolf, wenn Sie kritisieren, dass das keine verlässliche Finanzierung ist, möchte ich Sie mal daran erinnern, dass Sie in der letzten Legislaturperiode, als Sie für den Sport verantwortlich waren, ein

Bündnis mit dem Landessportbund eingegangen sind, ohne dies mit einem einzigen frischen Euro zu unterlegen. – So viel zur Historie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch die Sportvereine werden weiterhin von der Sportförderung des Landes profitieren. Neben der Übungsleiterpauschale, die wir unverändert lassen, wollen wir das Landesprogramm „1.000 x 1.000“ umwidmen in ein Programm zur Förderung des Sportvereins im Ganztags. Sie haben gerade eingefordert, dass dies eigentlich bei der Schule andockt sein müsste. Ich weiß nicht, ob Sie im Land genügend unterwegs sind. Denn es gibt eine große Sorge der Sportvereine, nämlich wie man trotz der weiteren Umsetzung des Ganztags viele junge Menschen dazu bewegen kann, Mitglied im Sportverein zu werden. Deswegen halte ich die Umwidmung dieses Programms zum gegenwärtigen Zeitpunkt für eine richtig gute Überlegung und Entscheidung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insgesamt stellen wir mit diesem Haushalt 61,1 Millionen € für den Sport zur Verfügung. Das ist die höchste, jemals in Nordrhein-Westfalen im Sportkapitel zur Verfügung gestellte Summe.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– Herr Palmen, jetzt will ich Ihnen einmal erzählen, was Herr Müller gerade hier behauptet hat und was eigentlich dahinter steckt. – Herr Müller, Sie haben eben gesagt, in Ihrer Legislaturperiode sei eine außergewöhnliche Steigerung des Sportetats möglich gewesen. Wissen Sie denn auch, warum? Warum sagen Sie dem Parlament denn nicht, warum?

Sie haben die 23 Millionen € aus Lotteriegewinnen, die man früher direkt an den Landessportbund überwiesen worden sind, in den Haushaltsetat eingestellt. Damit haben Sie die Steigerung erreicht. Diese Steigerung, die Sie erreicht haben, ist aber frisches Geld, das Sie zusätzlich in die Hand genommen haben, Herr Müller, Herr Palmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bleiben Sie bitte bei der Wahrheit!

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Nein, ich möchte keine Zwischenfrage zulassen.

(Unruhe von der CDU und von der FDP)

– Ich glaube nicht, dass ich dafür bekannt bin, vor Zwischenfragen Angst zu haben. Ich habe mich gerade zu dem geäußert, was Herr Müller dazu gesagt hat.

Mit 34 Millionen € geben wir dem Landessportbund eine ganz deutliche Unterstützung. Das bedeutet eine verlässliche Förderung und ist ein wichtiger Beitrag zum Pakt für den Sport.

Herr Müller, Sie haben ferner gesagt, es sei so wunderbar, dass wir die Programme fortsetzen, die Sie alle unterstützt haben. Sie haben an der Stelle wiederum eines verschwiegen. Von allen Programmen, die Sie in der letzten Legislaturperiode weitergeführt haben, gibt es exakt zwei neue Programme, und das sind „Quietschfidel“ und „1.000 x 1.000“. Alle anderen Programme haben Sie schon aus den davor liegenden Legislaturperioden übernommen. Damit unterstreichen auch Sie wie alle anderen Vordredner, dass es beim Sport eine große Einigkeit, eine Kontinuität gibt, bei der wir uns alle gemeinsam wiederfinden können.

Ich möchte außerdem darauf hinweisen, dass wir das Konzept des Landessportbundes „NRW bewegt seine Kinder“ tatkräftig unterstützen wollen durch das Landesprogramm „Sportvereine und Ganztags“, wie eben erwähnt. Und ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir uns neben Sportangeboten für Kinder und Jugendliche und Sportangeboten mit Gesundheitsbezug ganz besonders für Sportstrukturförderungen in den Kommunen und Kreisen einsetzen. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen, ist wie bei der Kultur und der Kunst auch beim Sport von großer Bedeutung. Dieses Thema haben wir als Landesregierung auf allen politischen Ebenen fest im Blick. Wir wollen Sport für alle.

Ich schließe mit den Worten: Wir freuen uns mit Sicherheit auch alle auf die sportlichen Großereignisse, für die wir in Nordrhein-Westfalen gute Gastgeber sein wollen, und als Nächstes auf die Frauenfußball WM, und damit hoffentlich auch auf ein neues Sommermärchen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Zu diesem Teilbereich liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 07.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksachen 15/1707 und 15/1768**, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 07** mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtbeteiligung der Fraktion Die Linke **verabschiedet** worden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)